

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Syriza gewinnt die Wahlen mit 7 % Vorsprung – neues Mandat der Wählerinnen und Wähler – S. 3*
- *Erdogan und seine AKP treiben die Türkei vor den Neuwahlen tiefer in den Bürgerkrieg – S. 6*
- *Bürgermeisterwahlen in NRW: Katastrophale Wahlbeteiligung – stark lokal bestimmte Ergebnisse – S. 14*
- *13. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes – S. 17*
- *Syrien: Kulturdenkmäler im Bürgerkrieg – S. 21*

Ausgabe Nr. 9 am 1. Oktober 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln. **Abos:** Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Deutschland schaltet um: Statt Aufnahme und Integration Abwehr und Ausgrenzung

www.proasyl.de, 25.9. Die Beschlüsse der Gipfel in Berlin und Brüssel stoßen bei Pro Asyl auf scharfe Kritik. Statt auf Aufnahme und Integration setzen Deutschland und Europa auf Abwehr und Ausgrenzung.

Die Bundesregierung vollzieht mit Rückendeckung der grün mitregierten Länder eine Kehrtwende:

- Die Zwangsunterbringung von Flüchtlingen bis zu sechs Monaten in Erstaufnahmelagern verhindert Integration und wird zu menschenrechtswidrigen Zuständen auf Dauer führen.
- Die Herabsenkung von Sozialleistungen für Flüchtlinge unter das vom Verfassungsgericht definierte menschenwürdige Existenzminimum ist ein Angriff auf den Sozialstaat.
- Die Einstufung eines Staates wie des Kosovo, in dem fünftausend Kfz-Soldaten stationiert sind, als sicheres Herkunftsland ist absurd, ebenso bei

Montenegro, wo mafiöse Strukturen Einfluss auf den Staatsapparat haben.

▪ Diese Maßnahmen der Bundesregierung gehen einher mit einer Absegnung einer verschärften Außengrenzenkontrolle der EU durch die Bundesländer.

▪ Die Ministerpräsidenten haben dem Konzept von Haftlagern, den sogenannten „Hot Spots“, an der EU-Grenze zugestimmt. Kommunen und Länder verlagern die Verantwortung auf den Bund, dieser wiederum auf die Außengrenzstaaten der EU.

„Hardliner haben sich auf Kosten der Menschenrechte von Flüchtlingen durchgesetzt. Wir stehen nun vor einer Orbanisierung der Flüchtlingspolitik an Europas Grenzen“, sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl.

Statt dem Schutz verfolgter Menschen aus Syrien, Irak und Afghanistan schütze die EU nun ihre Grenzen. Der angestrebte Deal mit der Türkei soll zusätzlich die Fluchtwege versperren. „Europa macht dicht und Deutschland macht mit“, so Burkhardt.

bundeswehr.de. maf. Am 29. September wurde der Vertrag unterzeichnet, mit dem die BRD dem Nato-Mitglied Litauen insgesamt 21 Waffensysteme des Typs Panzerhaubitze 2000 überlässt. Das Geschütz hat eine Reichweite von mehr als 40 km. Bei der Vertragsanbahnung im April dieses Jahres berichtete die deutsche Presse, Litauen benötige diese Systeme, weil es sich angesichts der Annexion der Krim von Russland bedroht fühle. Litauen grenzt an Estland, Weißrussland, Polen und die russische Exklave Kaliningrad, die zu Lande von Nato-Staaten umgeben ist und von Russland aus nur über die Ostsee bzw. per Flugzeug erreicht werden kann. Die Aufrüstung des kleinen Landes mit zwei handvoll gepanzerten Kanonen, Litauen zählt knapp drei Millionen Einwohner, ist mit Blick auf diese geografische Lage keineswegs unerheblich, sie wird zu einer militärpolitischen Antwort Russlands führen. So hat die litauische Aufrüstung vor allem den Effekt, die Exklave Kaliningrad als Zankapfel zwischen der Nato und Russland zu präparieren.



Panzerhaubitze 2000
(Quelle: Bundeswehr/Schneider9)



Die Grenzsituation Litauens www.baltikum-tours.de

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Syriza gewinnt die Wahlen mit 7 % Vorsprung – neues Mandat der Wählerinnen und Wähler

Anders als durch die Umfragen vor den Wahlen prognostiziert, gab es kein „Kopf-an-Kopf-Rennen“ zwischen Syriza und der konservativen Nea Demokratia. Erneut gewann Syriza die Wahlen, diesmal mit 35,5% und 7% Vorsprung vor Nea Demokratia (28,1%). Allerdings erreichte die Wahlbeteiligung mit knapp 57 % einen Tiefstand. Obwohl das Ergebnis für Syriza prozentual nur knapp 1 % unter dem vom Januar 2015 lag, verlor sie absolut fast 330.000 Stimmen. Mit dem Extraparagraphen von 50 Parlamentssitzen für die Partei mit dem höchsten Wahlergebnis, erhält Syriza 145 Parlamentssitze, Nea Demokratia 75. Syrizas bisheriger – und zukünftiger – Koalitionspartner, die nationalistische Anel, verlor fast 100.000 Stimmen und erreicht 3,7 Prozent. Zusammen mit Anel (10 Sitze) hat Syriza damit eine knappe Parlamentsmehrheit von 155 (von insgesamt 300) Sitzen. Drittstärkste Partei wurde erneut die neonazistische Chrysi Avgi. Die „Goldene Morgenröte“ erreichte knapp 7%, etwas mehr als bei der Wahl im Januar 2015.

Laiki Enotita („Volkseinheit“), die sich mit dem Kurs „Nein“ zum Euro und zurück zur Drachme von Syriza abgespalten hatte, erhielt eine deutliche Absage und scheiterte bereits an der Drei-Prozent-Hürde. Die von Panagiotis Lafazanis angeführte Laiki Enotita hatte Tsipras' Kurs als Kapitulation gegenüber den Gläubigern kritisiert und beansprucht, die 60 Prozent des „Nein“ vom Referendum vom Juli zu vertreten.

Die sozialdemokratische Pasok erhielt 6,3%, die liberale To Potami 4,1 %. Die kommunistische KKE erhielt 5,5%, was in etwa ihrem Anteil bei den Januar-Wahlen entspricht.

Damit ergibt sich folgende Sitzverteilung im griechischen Parlament:

Syriza:	145 (minus 4)
Nea Demokratia:	75 (minus 1)
Chrysi Avgi:	18 (plus 1)
Pasok:	17 (plus 4)
KKE:	15 (ohne Veränderung)
To Potami:	11 (minus 6)
Anel:	10 (minus 3)
Zentrumsunion:	9 (plus 9)

Mit dem Wahlergebnis vom 20.9. lehnten die Wählerinnen und Wähler also eine etwaige Regierung der alten Seilschaften von Pasok und Nea Demokratia deutlich ab und erteilten einer „Grexit“- „Zurück-zur Drachme“-

Antieuropa-Politik eine klare Absage. Syriza erhielt ein Mandat für eine zweite Chance, für eine Reformpolitik innerhalb der EU und innerhalb der Währungsunion, um die Tsipras vor den Neuwahlen gebeten hatte.

Bereits am Montagabend nach der Wahl vom 20.9. war Tsipras vereidigt worden. Am Dienstagabend hatte er bereits seinen Ministerrat gebildet. Euklid Tsakalotos wurde erneut zum Finanzminister ernannt.

Ebenfalls wie bisher wird Nikos Kotzias Außenminister und Panos Kammenos (Anel) Verteidigungsminister.

Bereits am Wahlabend, direkt nach Bekanntwerden der Ergebnisse, hielt Tsipras im Zentrum Athens eine Rede, mit der er sich für das Wahlergebnis bedankte. Dabei hob er drei Punkte besonders hervor (dokumentiert Seite 4):

- Den Kampf gegen Korruption und Korruption,
- harte Arbeit als Grundlage der Reorganisation von Staat und Wirtschaft,
- die Notwendigkeit einer fairen Lastenverteilung und des Schutzes der sozial Schwachen und der Armen.

Sieht man vom bleibenden Appell an Nationalgefühl und Nationalstolz ab, so formuliert die Rede aber auch so etwas wie einen „Paradigmawechsel“ der Syriza-Politik. Im Zentrum steht nicht mehr nur – sondern auch – der Kampf gegen von außen auferlegte Zwänge und Benachteiligung, aber auf der Basis eigener Reformziele und -politik in Griechenland, die der Unterstützung durch die ganze Bevölkerung bedürfen.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk bezeichnet Giorgos Chondros, Gründungs- und ZK-Mitglied von Syriza das wie folgt:

„Das, was in Griechenland notwendig ist, kann Syriza wirklich durchziehen. Das heißt, den Staat modernisieren, die Korruption bekämpfen, auch die Wirtschaft anzukurbeln und eine soziale Gerechtigkeit im Lande wirklich einbringen.“

... Es kommt darauf an, über welche Reformen man wirklich spricht. Für uns sind es wirklich keine Reformen, die Arbeitsrechte zum Beispiel zu demolieren, das könnte man in Deutschland nicht einmal in den Mund nehmen, was in Griechenland vorgeschlagen wird als Reform.“

Wenn man wirklich über Reformen spricht, muss man ganz genau sagen,

welche Reformen notwendig sind. Natürlich brauchen wir eine Steuerreform, wo jeder zur Kasse gebeten wird und vor allem diejenigen zur Kasse gebeten werden, die über lange Jahre hinaus nichts bezahlt und Reichtum angehäuft haben, die ganz reichen Griechen, die ihr Geld ins Ausland gebracht haben mit der Unterstützung der griechischen Regierungen bis jetzt und mit der Duldung auch der europäischen Regierung.“

Das wäre zum Beispiel eine ganz wichtige Reform. Die Korruption zu bekämpfen und die Klientelwirtschaft zu bekämpfen in Griechenland ist auch eine höchst notwendige Reform. Nur Syriza kann diese Erneuerungen, diese Reformen wirklich durchbringen und braucht auch natürlich die Unterstützung der Europäischen Union, unserer Partner in Europa und unserer Freunde in Europa. Und diese Unterstützung ist notwendig.“

In Sachen Bekämpfung von Korruption und Steuerflucht dürften sich die Bedingungen im internationalen Umfeld etwas verbessert haben, nachdem z.B. die Uferlosigkeit in der Handhabung des Bankgeheimnisses in der Schweiz und Österreich nicht zuletzt auf Druck der USA und Frankreichs eher eingedämmt wurde.

Für Syriza aber werden in Griechenland die Schwierigkeiten jetzt erst anfangen, sowohl was die Konkretisierung der wirtschaftlichen und politischen Reformziele betrifft wie ihre Umsetzung. Die ist nur möglich, wenn Einschnitte gegenüber den Profiteuren der bisherigen Verhältnisse in Angriff genommen und durchgesetzt werden.

Für die von Syriza eingeforderte Unterstützung aus den anderen europäischen Ländern hat die Bundestagsfraktion bezüglich der Unterstützung durch die Linke in Deutschland einen notwendigen Grundsatzbeschluss gefasst. (dokumentiert Seite 4) Man kann nun mal nicht den Weg des Kampfes um soziale und politische Reformen in der EU und in der Währungsunion, für den sich Syriza und Griechenland entschieden haben, unterstützen, wenn bei jeder auftauchenden Schwierigkeit aus Ratlosigkeit Exit-Debatten jedweder Art anzettelt werden.

Christoph Cornides

Quellen: Frankfurter Allgemeine, 21.9., 25.9. 2015, Deutschlandfunk 21.9.2015, Neues Deutschland: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/985099.newsblog-Syriza-triumphiert-ueber-die-umfragen.html>

„In schwierigen Zeiten hat uns Griechenland ein deutliches Mandat gegeben“

Ich möchte Euch von Herzen danken für diesen großen Sieg. Für diesen klaren Sieg. Dieser Sieg ist ein Sieg des Volkes. Wir haben eine saubere und harte Schlacht ausgefochten, und heute fühle ich mich bestätigt, weil das griechische Volk uns ein klares Mandat gegeben hat, im In- und Ausland für seine Interessen und seinen Stolz weiter zu kämpfen.

In schwierigen Zeiten hat uns Griechenland ein deutliches Mandat gegeben, alles zu beseitigen, was uns in die Vergangenheit gefesselt hat und unseren wunderbaren Kampf fortzuführen, einen Kampf, den wir vor sieben Monaten begannen, um zu erreichen, dass Fairness eine Priorität wird angesichts großer Mächte und großer Feinde. Wir haben die griechische Flagge nicht nur in unseren Straßen, sondern in den Straßen aller Hauptstädte Europas gehisst. Heute sind Griechenland und seine Bevölkerung ein Symbol, gleichbedeutend mit Würde und Revolution, und diese Revolution werden wir zusammen in den nächsten vier Jahren fortsetzen. Das ist unser Mandat.

Ich möchte der Jugend danken, die an unserer Seite gekämpft hat und der arbeitenden Bevölkerung aus den armen Vierteln.

Syriza hat bewiesen, dass sie zu widerstandsfähig ist, um niedergehalten zu werden. Auch wenn wir unter Beschuss von allen Seiten standen, haben wir bewiesen, dass wir an unserer engen Verbindung mit den arbeitenden Klassen, mit Menschen, die wissen, was Knochenarbeit heißt, festhalten.

Dieses Wahlergebnis gehört nicht Syriza, sondern es gehört den Menschen, die von einer besseren Zukunft träumen. Das können wir nur erreichen durch täglichen Kampf und tägliche Arbeit.

Freunde, wir haben schwierige Zeiten vor uns, aber wir stehen auf festem Grund, wir stehen auf eigenen Füßen und wir haben Zukunftsperspektiven.

Die Krise wird sich nicht magisch auflösen, aber sie wird ein Ende haben, durch harte Arbeit und Planung, durch Hartnäckigkeit und Kampfgeist, durch Anstrengungen, die Wirtschaft in Schwung zu bringen und zu wirtschaftlichem Wachstum zurückzukehren. Aber dieses Wachstum wird ein sozialistisches Vorzeichen haben, denn es wird die Umverteilung des Reichtums und den Schutz der sozial Schwachen einschließen.

Freunde, dieses Mandat ist auch eine kristallklare Forderung, die Vorherrschaft von Korruption und Vetternwirtschaft zu beenden, die so viele Jahre lang unser Land beherrschte. Dieses Mandat gibt uns eine zweite und

substantielle Chance, mit diesem Establishment aufzuräumen. Nach vier Jahren werden wir danach beurteilt werden, ob wir dieses Resultat erreicht haben. Morgen beginnen wir damit.

Ich möchte mich aufs wärmste bei den Unabhängigen Griechen (ANEL) bedanken und bei Pannos Kammenos im Besonderen, die einmal mehr ihre Stärke mit unserer, ihre Flagge mit unserer unter dem Banner des Anstands und des sozialen Kampfes vereinigen werden. Morgen setzen wir unseren Kampf gemeinsam fort.

Ich möchte auch den Grünen danken, die mit uns zusammengingen, sowohl hier im Land wie im weiteren europäischen Zusammenhang.

Die Dinge werden sich ändern in Europa. Europa wird nicht mehr dasselbe sein, nachdem die Wähler hier unser siebenmonatiges Ringen mit ihm be-

stätigt haben. Von morgen an werden wir die Beziehungen in der EU weiter verändern.

Morgen krempeln wir unsere Ärmel hoch und arbeiten hart, um die sozial Schwächsten und die Ärmsten zu unterstützen und die Sonne über unserem Land aufgehen zu lassen für ein Griechenland der Gleichheit, Gerechtigkeit, Fairness und des Wohlstands, so, dass wir in vier Jahren hoffentlich ein stärkeres und faires Land haben mit Menschen, die stolz sind und aufrecht gehen.

Kraft für Euch, ich danke Euch.

(Eigene Übersetzung aus dem Englischen, Text in Englisch dokumentiert in Neues Deutschland, online <http://www.neues-deutschland.de/artikel/985099.newsblog-syriza-triumphiert-ueber-die-umfragen.html>, vom 20.9.2015, engl. Text zuerst erschienen unter <https://www.byline.com/column/11/article/401>)

Dokumentiert: Beschluss der Bundestagsfraktion Die Linke, Position zur EU

Auftreten für einen Neustart

<http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/auftreten-fu-r-neustart/>, 22.9.2015

Der Fall Griechenlands, die durch die Euro-Finanzgruppe oktroyierte Austeritätspolitik und die erfolgreiche Erpressung der griechischen Regierung unter Ministerpräsident Tsipras zur Umsetzung neoliberaler Programme u.a. durch die deutsche und andere Regierungen sowie die Europäische Zentralbank (EZB) hat Diskussionen ausgelöst. Dabei geht es u.a. um solche Fragen: Unter welchen Umständen können Regierungen in den Euro-Ländern zukünftig den demokratisch geäußerten Willen ihrer Bevölkerungen zum Beispiel zur Beendigung von Kürzungs- und Privatisierungspolitik durchsetzen? Müsste eine Regierung notfalls dann den Euro-Rausschmiss durch die EZB, die dabei offensichtlich ihre Kompetenzen überschritte, in Kauf nehmen und mit einem „Plan-B“ darauf vorbereitet sein? Welche institutionellen Möglichkeiten bestehen oder könnten innerhalb der EU geschaffen werden, damit dann Notwehrmaßnahmen in dem betroffenen Land möglich sind? Welche Vor- und Nachteile, welche Chancen und Risiken wären für die dortige Bevölkerung damit verbunden?

Eine solche Diskussion wird bereits in Deutschland und Europa von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Politikerinnen und Politikern geführt. Diese Diskussionen gibt es auch in der Linken. Grundlage der Diskussion für Die Linke ist die beschlossene Programmatik, wie zum Beispiel das Bundestagswahlprogramm 2013:

Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt Die Linke nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Austerität, der Kürzungspolitik, beendet wird.

Es geht bei diesen Debatten deshalb auch nicht um einen Austritt aus der EU. Für Fraktion und Partei muss es selbstverständlich bleiben: Ein Gründungszweck der EU und ihrer Vorläufer war und ist die Schaffung einer Friedensordnung zwischen ihren Mitgliedsländern. Das sollte durch den strukturell erzwungenen Ausgleich der jeweiligen nationalen Interessen und insbesondere die Einbeziehung Deutschlands und seines bis dahin einzigartig aggressiven Nationalismus erreicht werden. Dieser Gründungszweck hat sich für die Mitgliedsstaaten der EU bis heute erfüllt und es ist gewiss nicht die Aufgabe von Linken, ihn, auf welche Weise auch immer, in Frage zu stellen oder gar aufs Spiel zu setzen – auch dann nicht, wenn die EU ihrem Wesen nach eine kapitalistische Veranstaltung ist. Deshalb ist es unsere Aufgabe die Fliehkräfte der europäischen Einigung zu bekämpfen, die dadurch entstehen, dass bestehende EU-Verträge und -Institutionen einen zügellosen Kapitalismus fördern. Folgende Passage aus dem „Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Union“ der Fraktion Die Linke. im Bundestag

aus dem Jahr 2007 ist für uns daher auch heute noch aktuell:

„Die Europäische Union der Bürgerinnen und Bürger darf keine technokratischen Verfahren zur Umgehung des Mehrheitswillens hinnehmen. Sie braucht einen konsequenten Neuanfang, sie muss die neoliberale Fehlentwicklung stoppen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten zurück zu gewinnen.“

Für Deutschland bedeutet die Mitgliedschaft in der EU zweierlei: Einerseits ist sie für die Bundesregierung Mittel und Zweck, um der EU bzw. deren Mitgliedstaaten ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialpolitischen Stempel aufzudrücken, ihre ökonomische Vormachtstellung innerhalb und außerhalb der EU abzuschleiern und auszuweiten, ihrer ökonomischen Macht international größeres politisches Gewicht zu verleihen und bei den ganz Großen politisch mitzuspielen. Die immense wirtschaftliche Stärke Deutschlands seit Einführung des Euros ist vor allem Resultat einer unfairen Wirtschaftspolitik gegenüber den anderen Europartnern. In Deutschland wurde eine Politik des Lohndumpings und der Schwächung der Binnennachfrage betrieben. So konnte eine bisweilen einmalige hegemoniale Stellung auf dem Kontinent durchgesetzt werden. Dies war erst möglich durch die Einführung des Euros. So ist Deutschland zum Hauptprofiteur einer – vorgeblich – auf Solidarität basierenden Union geworden. Deutschlands Gewinne aus dem Welthandel steigen seit Jahren, auch wenn zur gleichen Zeit der EU-Handel Einbußen erfährt. Das hat allerdings zur Folge, dass sich zunehmend eine Dominanz der ökonomischen Macht Deutschlands innerhalb Europas herausbildet und entsprechende Krisen hervorruft.

Andererseits bedeutet die Mitgliedschaft in EU und Währungsunion für Deutschland auch Rücksichtnahme und Beschränkungen bei der Durchsetzung der eigenen Interessen, relativiert also die umstandslose Umsetzung des hegemonialen Anspruchs. Diesen Widerspruch versucht die Bundesregierung durch Verträge, Verrechtlichungen und Institutionalisierungen zu überwinden, die die Politiken der EU bzw. der Währungsunion letztlich auf einen von ihr politisch und ökonomisch gewünschten Kurs festzuschreiben, zumindest jedoch die Verwirklichung alternativer Handlungsoptionen erschweren sollen.

Die EU als Ganzes tritt der Bevölkerung immer mehr als undurchschaubar, undemokratisch, zuweilen autoritär und repressiv, unsozial, zutiefst neoliberal und austeritätsfixiert gegenüber. Im Extremfall schreckt sie nicht davor zurück, Bevölkerungs-



*Gregor Gysi und Katja Kipping begrüßen am 24. März 2015 den griechischen Ministerpräsidenten, Alexis Tsipras, bei dessen Besuch in Berlin
(Bild: www.linke.de)*

gruppen und Mitgliedstaaten an den Rand des Elends zu stürzen, sie bewirkt Einkommenskürzungen, ermöglicht Sozialdumping und zerstört Sozialstaatlichkeit. Allerdings verfügt sie offenkundig nach wie vor über ein ihrer sozialen und politischen Realität nicht entsprechendes, außergewöhnliches Attraktivitätspotenzial, sowohl innerhalb der eigenen Bevölkerung als auch bei Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Assoziierungs- und Beitrittswünsche, Einwanderungsabsichten, Fluchtbewegungen etc. machen dies deutlich.

Nach außen agiert die EU ökonomisch expansiv und aggressiv, politisch oft indifferent, letztlich aber immer an den USA orientiert, und militärisch zunehmend aktiver (allerdings noch weit entfernt vom Aggressionsniveau der USA oder Russlands, wenn auch deutlich über dem Chinas).

Gewiss, angesichts der derzeitigen Lage dieses imperialen Gebildes, die sozial und politisch verheerend und zudem im Sinne fortschrittlicher Veränderungen aussichtslos erscheint, die im Angesicht der Macht, der Institutionalisierungen und der rechtlichen Verfasstheit die Hoffnung auf Reformierbarkeit der EU im emanzipatorischen Sinne abwegig erscheinen lässt, kann man auf den Gedanken kommen, nicht mehr mitzumachen, einfach auszusteigen und, ja und was dann...

Generell bedeutete eine Auflösung der EU einen Rückfall in die europäische Nationalstaatlichkeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, was einem historischen Rückschritt gleichkäme, den (mithin) herbeizuführen – mit allen seinen absehbaren und unabsehbaren Konsequenzen gegen Frieden, Wohlstand, soziale Sicherheit und Politik – keine Option für Linke sein darf.

Aufgaben der Linken

Statt für den Austritt Deutschlands

aus der Gemeinschaftswährung und/oder der EU oder für ihre Auflösung zu kämpfen, ist es Aufgabe der linken Kräfte in der gesamten Bevölkerung der Union, Mehrheiten für eine andere Politik der EU zu gewinnen – ähnlich wie das heute bisher nur in Griechenland der Fall ist.

Zentral muss es dabei vor allem darum gehen, die unfaire deutsche Wirtschaftspolitik zu beenden. Das Lohndumping und die Prekarisierung in Gestalt von Leiharbeit, Befristungen, Werkverträgen und Minijobs müssen gestoppt werden. Dazu gehört, dass die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands durch Stärkung der eigenen Binnennachfrage abgebaut werden. Nur so kann die Verschuldung des Auslands, v.a. der Euroländer bekämpft werden.

Die Einführung des Euro haben wir 1998 scharf kritisiert, weil es bei höchst unterschiedlichen Ökonomien keine abgesprochenen Standards – von Sozialleistungen bis zu Steuern – gab. Die Integration eines Kontinents nur über eine Währung musste schon deshalb zu Krisen führen, weil die billigsten und niedrigsten Standards sich durchsetzen konnten. Deutschland hat mit der Agenda 2010 ein gnadenloses Lohndumping gegen die anderen Euroländer eingeleitet. Unter den Rahmenbedingungen des EURO hat die deutsche Politik – wie von uns befürchtet – mehr zur Spaltung als zur Einheit Europas beigetragen.

Das Erfurter Parteiprogramm bleibt aktuell:

„Die Eurokrise hat einen weiteren Beleg dafür erbracht, dass die EU-Verträge nicht für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa taugen, sondern ganz im Gegenteil zur Verschärfung der Krise beitragen.

Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Re-

vision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können.

Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union, der die europäische Integration im Interesse der großen Mehrheit der Menschen auf ein neues Fundament stellt.

Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht den Finanzmärkten opfert. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationalstaatliche Haushalte, zurück.“

Es geht für die Linke in Europa darum, vernehmbarer für einen „Neustart der EU“ aufzutreten! Wir dürfen uns nicht wegducken, sondern müssen verändern. Dazu gehört hier und in allen Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene gegen die neoliberalen Hardliner in den Regierungen zu kämpfen. Dies heißt für die deutsche Linke vor allem Kampf gegen Lohndumping und Prekarisierung hierzulande. Die Kampagne der Partei „Das muss drin sein“ muss der zentrale Orientierungspunkt für uns, auch für die Bundestagsfraktion sein. Wer für Europa kämpft, muss gerade als deutsche Linke zu allererst gegen die hegemoniale Rolle des eigenen Landes kämpfen. Das ist unsere

historische Verantwortung!

Darüber hinaus muss es darum gehen, sich europaweit endlich zu koordinierten Kampagnen und Aktionen bereit zu finden, die EU-weite Kooperation der Linken deutlich zu intensivieren und so an der Schaffung einer europäischen (Gegen)Öffentlichkeit zu arbeiten. Gemeinsame Ziele und Gegenstände solcher Kampagnen könnten und sollten dabei sein:

- die Demokratisierung der EU, die das einzig demokratisch legitimierte EU-Gremium, das Europaparlament, mit vollen parlamentarischen Rechten ausstatten muss
- die Zulassung von europäischen Bürgerentscheiden (auch über EU-Vertragsgrundlagen)
- die soziale Frage europaweit aufzuwerfen
- die internationale Solidarität praktisch zu untersetzen und
- für einen anderen Kurs zu werben, den eines öko-sozialen „Marshallplans“ für ein
- Europa der Vollbeschäftigung, des Ausbaus öffentlicher Infrastrukturen und demokratischer Mitwirkungsrechte unter Nutzung bestehender und zu schaffender Finanzierungsmöglichkeiten durch die EZB.

Dabei wird es unerlässlich sein, nicht nur Bündnisse mit anderen antikapitalistischen Gruppen einzugehen, sondern auch mit Gewerkschaften und allen anderen Menschen und ihren Organisationen, die sich im Sinne einer fortschrittlichen Politik für einen echten Politikwechsel einsetzen, zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele

und Aktionsmöglichkeiten zu schaffen. Hinter den Kulissen sollten sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sammeln und gemeinsam an einer neuen Idee von Europa arbeiten können, um längst überfällige Reformen der europäischen Strukturen durchzusetzen. Wie so etwas gehen könnte, zeigt aktuell die Anti-TTIP-Kampagne. Dazu ist eine Neuorganisation der Solidarität im Rahmen von Europäischem Parlament, Europäischer Linke sowie der außerparlamentarischen Bewegungen unabdingbar.

Abschließend sei an das Gründungsmanifest der Europäischen Linken erinnert:

„Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum für das Wiedererstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse. (...) Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent (...) zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik.“

Dem entspricht auch unser Wahlprogramm. Auch dort ist an keiner Stelle vom Austritt oder von der Auflösung der EU die Rede. Im Gegenteil heißt es dort:

„Die Linke steht für einen Neustart der Europäischen Union. Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht Die Linke für einen Politikwechsel in Europa: Für eine andere, eine bessere EU. (...)“

Daran gilt es verstärkt zu arbeiten!
linksfraktion.de, 22. September 2015

Erdogan und seine AKP treiben die Türkei vor den Neuwahlen tiefer in den Bürgerkrieg

Am 1. November finden in der Türkei Neuwahlen zum Parlament statt. Seit dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Wahlen im Juli forcieren Erdogan und die AKP-Übergangsregierung die Angriffe auf die kurdische und linke Bewegung in der Türkei. Über mehr als 100 Regionen in den kurdischen Provinzen wurde der Ausnahmezustand verhängt, Städte und Dörfer wurden vom Militär angegriffen, ganze Regionen mit Flächenbombardements überzogen, Hunderte HDP-Funktionäre und viele HDP-Bürgermeister wurden verhaftet. Gegen sämtliche HDP-Bürgermeister ermittelt die Staatsanwaltschaft. Gegen Gültan Kisanak, Oberbürgermeisterin von Diyarbakir erhob sie Anklage wegen einer Rede zum Frauentag am 8. März. Mittlerweile schreckt das Militär auch nicht vor der Bombardierung von Friedhöfen, auf denen Guerillakämpfer bestattet sind, zurück. So geschehen in Varto.

Täglich sind Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung zu beklagen. Von Seiten der AKP ist keine Deeskalation zu erwarten: Die AKP-Medien rufen zu Pogromen an Kurden im Westen der Türkei auf und fordern auf dem Titelblatt die Tötung des HDP-Vorsitzenden Dermitas. Ministerpräsident Davutoglu erklärte auf dem Parteitag der AKP, dass „die PKK bis zur Wahl ausgelöscht“ würde und Präsident Erdogan kündigte an, dass „die Wähler ihren Fehler vom 7. Juli nicht wiederholen werden“. Mit aller Gewalt versuchen sie eine absolute Mehrheit für die AKP bei den Neuwahlen zu erzwingen und stürzen die Türkei mehr und mehr in ein innen- und außenpolitisches Chaos.

Dass das nicht ohne Widerstand der PKK und von großen Teilen der kurdischen Bevölkerung blieb, ist nicht verwunderlich. In den deutschen Medien konnten die tagelangen Auseinandersetzungen in Cizre, Varto, Lice usw.

verfolgt werden. Hier und an anderen Orten riefen kurdische Organisationen zur Selbstverwaltung auf und leisten mit Milizen und Selbstverteidigungskräften heftige Gegenwehr. Die PKK greift zudem erfolgreich Militär- und Polizeistationen an. Dabei kommt es leider zu großen Verlusten auf beiden Seiten.

Einen Angriff auf die PKK-Stellungen im Nordirak mit Bodentruppen musste das Militär abbrechen. In ihrem Drang nach Verhinderung eines kurdischen Autonomiegebietes in Syrien überquerten 600 Mitglieder der turkmenischen Brigaden, unter ihnen viele Angehörige türkischer Spezialeinheiten, die syrische Grenze in Richtung des kurdischen Kantons Efrin. Aus diesen Gegenden zogen sich die Al-Qaida-Kräfte zurück. Die Besetzung der Pufferzone in der Lücke zwischen den kurdischen Kantonen Afrin und Kobane hat also begonnen – auch öko-

nomisch, denn die Türkische Lira ist als Währung eingeführt worden. Die kurdische YPG hat gegen die verdeckte Invasion heftigen Widerstand angekündigt. Im Kampf gegen den IS hat das YPG-Oberkommando die Offensive gegen Dscharabulus angekündigt, den letzten von der IS gehaltenen Grenzübergang zur Türkei. Dann wäre der IS endgültig vom Nachschub aus der Türkei abgeschnitten. Die YPG hat seit der Befreiung von Kobane der IS über 10.000 Quadratkilometer abgenommen und steht 40 km vor der IS-Hauptstadt Rakka.

Es ist nicht abzusehen, dass sich vor den Wahlen in der Türkei der aggressive Kurs Erdogans und der AKP gegen die kurdische Bewegung abschwächen würde. Unter den türkischen Wählern findet das nicht unbedingt Zustimmung. In Wahlumfragen werden der AKP nicht einmal 40 % zugetraut, während der HDP mittlerweile 14 bis 15 % vorhergesagt werden. Die AKP

wird alles versuchen, dass die Bevölkerung in den HDP-Hochburgen in den kurdischen Provinzen nicht wählen kann. So wurde jetzt schon angekündigt, dass in mehreren Stadtteilen von Cizre keine Wahlurnen aufgestellt werden. Dort leben 65% der 112.000 Einwohner und das betrifft mehr als 48.000 Wahlberechtigte. Der Gouverneur der Provinz Bitlis spricht sogar von einem „mobiles Wahlsystem“ für die kurdischen Provinzen. Verhinderung der Teilnahme an der Stimmabgabe, Wahlbetrug – jedes Mittel scheint recht zu sein.

In Deutschland führt die HDP wieder Großveranstaltungen zu den Wahlen durch. Der Bundesausschuss der Linken ruft die Wähler mit türkischem Pass auf, die HDP zu wählen. Von der Linken aus Baden-Württemberg werden wieder Mandatsträger zur Wahlbeobachtung und Unterstützung der HDP nach Diyarbakir fahren.

Rudolf Bürgel

Polen: Nein zu Entlassungen am Hafen

Maciek Konopka wurde von seiner Arbeit am Deepwater Containerterminal (DCT) in Gdansk gekündigt. Wieso? Anscheinend nur, weil er ein überzeugter und aktiver Gewerkschaftskollege ist. Es ist nur der neueste Fall in einer ganzen Reihe von Managementaktivitäten, die darauf abzielen, die Gewerkschaft zu zerschlagen, unter anderem: Einschüchterung, Kündigungsdrohungen und das Drängen neun anderer Beschäftigter zur Aufgabe ihrer Arbeitsstelle. Auch wenn die Gewerkschaft NSZZ Solidarność wächst, hat die Geschäftsleitung mehrmals versagt, wenn es darum geht, mit Bedenken der Gewerkschaftsmitglieder angemessen umzugehen und sie zu verhandeln. Es geht dabei um wichtige Themen wie Befristungen, Gehälter oder Urlaub. Die Firma hat auch eine Anwaltsfirma eingeschaltet, um mit der Gewerkschaft Tarifverhandlungen zu führen. Dadurch sind die Verhandlungen zum Stillstand gekommen. Die Firma beschäftigt mit Kettenbefristungen, anscheinend um eine Kultur der Angst und Unsicherheit zu maximieren. Die Geschäftsleitung, der Vorstand und auch Investoren beim Deepwater Containerterminal (DCT) Gdansk müssen Maciek Konopka wiedereinstellen und Entlassungen zurücknehmen und andere gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten unterlassen. DCT muss an den Verhandlungstisch treten, um direkt und vertrauensvoll mit der Gewerkschaft über einen Tarifvertrag zu verhandeln, um Arbeitsbedingungen beim Terminal zu verbessern.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>, 9/2015

Ukraine: BHI-Unterstützungsaktion

Vom 20. bis 21. August organisierte die BHI (Gewerkschaft Bau- und Holzarbeiter Internationale) in Kiew eine Solidaritätsaktion für die Ukraine. BHI-Präsident Per-Olof Sjöö und BHI-Generalsekretär Ambet Yuson besuchten mit ukrainischen Kollegen der Bau- und Baumaterialien-gewerkschaft Profbud das Haus der Gewerkschaften, das im Zuge der Maidan-Demonstrationen im Jahr 2014 teilweise zerstört worden war. Zudem statteten sie einer der Baustellen einen Besuch ab, auf denen Gewerkschaftsmitglieder derzeit beschäftigt sind. Die BHI-Verantwortlichen hatten die Möglichkeit, die Probleme der ukrainischen Arbeitnehmer detaillierter zu erörtern. Gewerkschaftsvertreter beschrieben die Schwierigkeiten und die Feindseligkeiten, denen die Arbeitnehmer und Gewerkschaften im ganzen Land infolge der Krise ausgesetzt sind. Zudem erörterten sie ihre Pläne zur



Am 20.09. fanden am „Global Hasankeyf Action Day“ in vielen Städten Aktionen gegen den Ilisu-Staudamm am Tigris statt. Mehr als 400 Menschen demonstrierten in der 12000 Jahre alten Stadt Hasankeyf (Bilder oben), die durch den Ilisu-Staudamm geflutet werden soll. Mit dem Ilisu-Staudamm werden kulturelle Schätze vernichtet und den Menschen der Region ihrer Lebensgrundlage beraubt. In Reden und Slogans bekundeten die Demonstranten ihr „Nein zum Krieg und Staudamm“ in Kurdistan. Die türkische Polizei hatte am Vortag versucht, die Aktion zu verhindern und hatte in Batman fast 100 Staudammgegner, darunter die beiden Bürgermeister der Stadt, festgenommen. Gleichzeitig kappte die türkische Regierung Telefon- und Internetverbindungen in der gesamten Provinz Batman.

In Istanbul (unten links) protestierten Umweltgruppen unter dem Slogan: „Hasankeyf ist unsere Kultur – Tigris ist unsere Natur – wir wollen beides retten“. In Bagdad (unten rechts) fand eine Demonstration der „Kampagne Rettet den Tigris und die irakische Schwemmlandchaft“ statt. Sie forderten einen sofortigen Baustopp und ein internationales gegenseitiges Abkommen über die Wasserrechte an Euphrat und Tigris zwischen dem Irak und der Türkei. Sie wiesen darauf hin, dass dem Irak eine Dürreperiode droht, sollte der Ilisu-Staudamm verwirklicht werden. Weitere Aktionen fanden u.a. in Hamburg, London und New York statt.

rub, Bilder: Mezopotamia Ekoloji Hareketi

Stärkung der Gewerkschaftsorganisation. Trotz der schwierigen Situation, mit der das Land derzeit konfrontiert ist, kann Profbud kleinere Erfolge aufweisen. BHI-Präsident Per-Olof Sjöögab mit Stolz den Sieg junger Gewerkschaftsmitglieder aus der Gegend von Charkow im internationalen Wettbewerb für das beste Flash-Mob-Video „Rote Karte für die FIFA“ bekannt. Dieser Wettbewerb fand im Rahmen der globalen BHI-Sportkampagne für die Fußballweltmeisterschaften in Russland 2018 und in Katar 2022 statt. Die jungen Gewerkschaftsmitglieder aus Charkow erhielten einen Sponsorenpreis, den die Gewinner in die Entwicklung ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten investieren konnten.

Quelle: <http://www.bwint.org>, 8.9.2015

Kirgisistan: Angriff auf die Bergbau-Metall-Gewerkschaft

Die chinesische Ölgesellschaft Zhongda versucht die örtliche Bergbau- und Metall-Gewerkschaft Kirgisistan, eine Mitgliedsorganisation der IndustriALL, zu zerstören. Im Dezember 2014 gründeten die Beschäftigten von Zhongda ihre Gewerkschaft in voller Übereinstimmung mit den nationalen Rechtsvorschriften, um ihre Rechte zu schützen. Zu der Zeit gab es im Unternehmen keine Arbeitsverträge oder aber vorrangig befristete Verträge. Ende August kündigte die Ölgesellschaft Zhongda dem Gewerkschaftsführer Zhanaydar Ahmetov. Zudem zweifelt das Unternehmen nicht nur die Eintragung der Gewerkschaft an, sondern telefonierte auch die Familien der Gewerkschaftsmitglieder ab, um mit der Entlassung zu drohen, wenn diese nicht aus der Gewerkschaft austräten. Zhongda weigert sich auch, Sonderleistungen zu bezahlen oder persönliche Schutzausrüstungen anzuschaffen.

Quelle: <http://www.industrial-union.org>, 23.9.2015

Nepal: Gründungskonferenz für 4 000 Angestellte

Angestellte im privaten Krankenhaussektor in Nepal haben nach Überwindung extrem schwieriger Bedingungen am 7. August in Kathmandu ihre neue nationale Gewerkschaftsföderation im Gesundheitswesen, die Union of Private Hospital and Health Care Workers – Nepal (Uniphin) gebildet. Die Uniphin vereinigt 14 Gewerkschaften, die 4 000 Angestellte vertritt und ständig wächst. Auf der Gründungskonferenz wählten die Delegierten ihren neuen Vorstand, beständigen Gewerkschaftsführer Prithivi Thapaliya als Präsident, bildeten einen Organisations-Ausschuss und verabschiedeten ihre neue Satzung. Ein gewaltiger Fortschritt in einer Zeit, in

der Uniphin-Mitglieder unermüdlich im Einsatz stehen, um örtliche Gemeinschaften nach den verheerenden Erdbeben, bei denen mehr als 8 000 Menschen getötet und Tausende von Familien vertrieben wurden, medizinisch und materiell zu unterstützen. In den letzten 18 Monaten haben Privatkrankenhäuser-Angestellte gemeinsam mit dem UNI-Verbindungsausschuss trotz des starken Widerstandes mehrerer großer Krankenhäuser gewaltige Herausforderungen überwunden mit dem Ziel, eine Gewerkschaftsföderation zu bilden. Nun hat Uniphin mehr Aktivisten denn je und mehr Frauen in ihrem Vorstand; auf der Konferenz wurde zudem ein neuer Aktionsplan verabschiedet, der einen Ausbau der Organisierungskampagnen und Rekrutierungs-Blitzaktionen sowie die Erweiterung der Tarifverhandlungen und ein stärkeres Ringen um Tarifverhandlungsergebnisse vorsieht. Uniphin will zudem mehr Einfluss bei politischen Entscheidungsträgern bezüglich ihres Sektors gewinnen, so auch mit Strategien, die sicherstellen, dass die Stimme der Arbeitnehmer in den Krankenhäusern laut und deutlich gehört wird. Diese Arbeit erfolgt zu einem entscheidenden Zeitpunkt, da der private Krankenhaussektor in Nepal expandiert

Quelle: <http://uniglobalunion.org>, 11.9.2015

Thailand: Anklageerhebung gegen Arbeitsrechtsaktivisten

Das Bangkok South Criminal Court entschied am 24. August, gegen den Migranten- und Menschenrechtsaktivisten Andy Hall wegen angeblicher Verleumdung und Computerverbrechen in einem Verfahren, das der thailändische Ananasverarbeitungs-Konzern Natural Fruit Company Ltd. eingeleitet hatte, Anklage zu erheben. Natural Fruit hat nach der Publikation und Verbreitung des Finnwatch-Berichts „Cheap Has a High Price“ („billig hat einen hohen Preis“) Anfang 2013 bereits vier Beschwerden gegen Andy Hall eingereicht. Diesem Bericht, an dem Andy Hall als Forscher mitwirkte, lagen Informationen zugrunde, die im Rahmen von Interviews mit Beschäftigten des Konzerns Natural Fruit Company Ltd. gesammelt wurden und die Arbeitnehmerrechtsverletzungen herausstellten. Natural Fruit nahm zu den Forschungsergebnissen vor der Veröffentlichung des Berichts nicht Stellung, obwohl dem Konzern dazu ausreichend Gelegenheit gegeben wurde. Die Strafverfahren wegen Verleumdung und Computerverbrechen, auf die sich die heutige Anklageerhebung beziehen, sind die schwerwiegendsten im Fall von Andy Hall, für die die Höchststrafe bei sieben Jahren Gefängnis liegt. In den anderen drei

Fällen – einer betreffend üble Nachrede und zwei zivilrechtlichen Verleumdungsfällen – stellt die Natural Fruit Company Ltd. Schadenersatzansprüche in der Höhe von 400 000 000 Baht. Bisher wurde noch niemand für die Arbeitnehmerrechts-Verletzungen bei der Natural Fruit Company Ltd. zur Rechenschaft gezogen.

Quelle: <http://uniglobalunion.org>, 11.9.2015

Brasilien: Streik gegen Massenentlassungen

Brasilianische Autoarbeiter haben in den letzten Wochen eine Reihe von Streiks begonnen, um sich gegen eine Welle von Massenentlassungen zu wehren. Am Donnerstag, den 10. September ging 4.300 Arbeiter im Ford-São Bernardo do Campo Werk in den Streik, nachdem das Unternehmen 200 Entlassungen angekündigt hatte. Dieser Streik folgte auf eine Reihe anderer Streiks, die die brasilianische Automobilindustrie erschüttert haben. Anfang August hat General Motors in São José dos Campos 798 Arbeitnehmer entlassen, der Funke des ersten Streiks. Arbeiter streikten 14 Tage, bis das Unternehmen sich bereit erklärte, die ständigen Entlassungen in Kurzarbeit umzuwandeln. Dann streikten VW-Arbeiter in Taubate, Mitglieder der CUT, das ist Brasiliens Hauptgewerkschaftsverband, gegen Entlassungen. In São Bernardo do Campo, einer Stadt mit einer starken Tradition des Kampfes, traten Arbeitnehmer bei der Mercedes-Benz am 24. August in den Streik gegen die Entlassungen von 1.500 Arbeiter, das sind 15 Prozent der Gesamtbelegschaft. Mercedes hatte bereits schon im Mai 2015 500 Arbeiter entlassen. Am 31. August kündigte Mercedes an, dass die 1.500 Entlassungen zurückgenommen werden. Stattdessen gab es eine Einigung für ein Arbeitsschutzprogramm, einer Initiative von Präsidentin Dilma Rousseff, die vor kurzem initiiert wurde. Das bedeutet, die Arbeit wird für ein Jahr garantiert, aber die Arbeitszeit um 30 Prozent gesenkt. Die brasilianische Regierung wird die Hälfte der verlorenen Löhne zu zahlen, die Arbeiter verlieren 15 Prozent ihres Lohns. Trotz dieses Verlustes hat die Belegschaft die Vereinbarung als Sieg betrachtet, angesichts der Pläne der Geschäftsführung. Unser unabhängiger Gewerkschaftsbund CSP-Conlutas widersetzt sich diesem Arbeitsschutz-Programm, denn es schützt die Gewinne anstatt Arbeitsplätze. Unser Gewerkschaftsverband argumentiert, dass es Zeit für die Autoarbeiter ist, auf die Straße zu gehen und die Kapitalisten zu zwingen, für die Krise zu zahlen. Unsere Forderungen sind stabile Arbeitsplätze, eine kürzere Arbeitswoche von 36 Stunden und die Verstaatlichung aller multinationalen

Unternehmen, die auf Entlassungen bestehen. CSP-Conlutas und andere soziale Bewegung und Organisationen sowie linke politische Parteien haben den 18. September als nationalen Tag der Demonstrationen gegen Korruption und die Sparpläne ausgerufen.

(Artikel von Herbert Claros, Vizepräsident der Metallarbeitergewerkschaft von São José dos Campos, und dem internationalen Vorstand der CSP-Conlutas.). Quelle: <http://labornotes.org>, 11.9.2015

Uruguay hat TISA-Verhandlungen verlassen

Mit einer Erklärung auf der Website und im Anschluss an die politische Debatte kündigte Präsident Tabaré Vazques am 7. September an, dass Uruguay die TISA-Verhandlungen verlassen wird. TISA ist ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das derzeit u.a. zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Das ist ein Erfolg für die große Allianz von Organisationen der Zivilgesellschaft, die gegen die TISA-Verhandlungen kämpfen. Aber in Uruguay ist es besonders ein Erfolg für die PSI (Internationale der öffentlichen Dienste) und der mit ihr verbundenen Unternehmen. PSI hat sich in den vergangenen zwei Jahren in der Lobbyarbeit bei der Regierung gegen TISA engagiert. Dies war entscheidend in der Präsidentschaftskampagne im letzten Jahr und in der politischen Debatte, und der Widerstand wächst seither, mit einer starken Opposition im Land. Ismael Cortazzo, verantwortlich für internationale Angelegenheiten bei Federación de Funcionários de Obras Sanitarias del Estado, einer Tochtergesellschaft PSI in Uruguay führte aus: „Die Entscheidung von Präsident Vasquez ist ein Erfolg für uruguayischen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften. Es ist ein Erfolg für die Demokratie, da die Meinung der großen Allianz der demokratischen Organisationen ernsthaft berücksichtigt und die Argumente von der Regierung „übernommen“ wurden. Cortazzo ergänzte stolz, dass die Arbeit von PSI zu TISA in der politischen Debatte erwähnt wurde und zu der endgültige Entscheidung beigetragen hat.

Quelle: <http://www.world-psi.org/en/uruguay-abandons-tisa-negotiations-victory-psi-affiliates>, 8.9.2015

Großbritannien: Die Regierung Cameron greift fundamentale Gewerkschaftsrechte an

Im Juli 2015 veröffentlichte die britische Regierung einen Gewerkschaftsgesetzentwurf, der weit reichende Maßnahmen enthält, die Fähigkeit der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder, sich kollektiv zu organisieren und Arbeitskampfmaßnahmen durchzuführen,

zu beschränken. Dazu gehören, die Quoten für Urabstimmungen zu erhöhen, die Beschränkungen des Rechts auf Streikposten und die Abschaffung des Verbots, Leiharbeitnehmer einzusetzen, um streikende Arbeitnehmer zu ersetzen. Die Regierung erwartet, dass die Zweite Lesung des Gesetzentwurfs im House of Commons entweder im September oder Oktober 2015, nach einer kurzen Beratung im Sommer, stattfinden wird. PSI* hält diesen Plan nicht für ausreichend, um die breit angelegte Konsultation und Debatte zu gewährleisten.

PSI ist äußerst besorgt und gegen diesen Gesetzentwurf, der grundlegende Menschen- und Gewerkschaftsrechte, wie das Recht auf Vereinigungsfreiheit in Großbritannien, ernsthaft untergraben wird. Diese Grundrechte, anerkannt und anerkannt in den internationalen Menschenrechtsverträgen und der Rechtsprechung seit 1948 in den Vereinten Nationen, der IAO und der EU-Menschenrechtsinstrumente sind Eckpfeiler aller freien demokratischen Gesellschaften. Der Gesetzentwurf wird die Demokratie am Arbeitsplatz drastisch untergraben und einen sehr gefährlichen Präzedenzfall für die Europäische Union und der Rest der Welt darstellen.

Wir widersetzen uns nachdrücklich dem Vorschlag, die Schwellen von Stimmzetteln für Arbeitskampfmaßnahmen zu erhöhen, einschließlich einer höheren Schwelle für die „wichtigen“ öffentlichen Dienstleistungen. Wir sind der Auffassung, dass diese Maßnahmen unnötig und unverhältnismäßig sind und dass die Argumente einer solchen Reform fehlerhaft und voreingenommen sind. Das Vereinigte Königreich gehört bereits zu den am stärksten regulierten Industriesystemen in der Welt und die Streiks sind auf historisch niedrigem Niveau.

PSI ist über den Vorschlag, den Einsatz von Leiharbeitnehmern bei Arbeitskämpfen zu ermöglichen, entsetzt, ebenso, dass die Kriminalisierung von Streikposten und andere Formen des Protests schwere Einschränkungen bedeuten und ebenso die Überwachung von Gewerkschaftstätigkeit und die Nutzung von Social Media zur Unterstützung der Arbeitskämpfe. Diese Maßnahmen werden auch ein Klima der Angst und Einschüchterung bei den Arbeitnehmern bewirken. Dies wird zur Schaffung von tiefen sozialen Spannungen und Unruhen am Arbeitsplatz führen – auch im öffentlichen Sektor – und bei explosiven und sozialen Konflikten wird es nicht mehr möglich sein, diese im konstruktiven Rahmen, zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern, zu verhandeln. Das Vereinigte Königreich braucht starke, freie Gewerkschaften, diese sind wichtige Partner für die demo-

kratische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes und kritische Verbündete im Aufbau einer gerechteren Gesellschaft, die die Bedürftigsten unterstützt. Dies ist besonders relevant für Großbritannien, wo Ungleichheit und Armut zu den höchsten der OECD-Länder gehören und in einer Zeit, in der die weltweite Wirtschaftskrise die schwächsten Mitglieder der britischen Gesellschaft trifft. Die positiven Beiträge der britischen Gewerkschaften in Großbritannien, die diese am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft leisten, werden weitgehend außer Acht gelassen.

Das Streikrecht ist ein Grundwerkzeug in der Reihe von Instrumenten, die die Gewerkschaften in konstruktiven Tarifverhandlungen verwenden. Die Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen Sektor sind verpflichtet und haben sich immer bereit erklärt, ein Mindestmaß an Dienstleistungen für die öffentliche Sicherheit und Sicherheit und Gesundheit zu gewährleisten. Grundlegende Menschen- und Arbeitnehmerrechte sollten nicht in das Schlachtfeld von Wahlkampagnen und politischen Zyklen geraten. Wir haben die britische Regierung aufgefordert, diesen Gesetzentwurf, der grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechte verletzt, zurückziehen. Stattdessen ermutigen wir positive, konstruktive Maßnahmen zu erleichtern und zu unterstützen, den sozialen Dialog zwischen allen UK-Sozialpartnern zu ermöglichen sowie ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten für die Menschen in Großbritannien, sowohl im öffentlichen als im privaten Sektor, zu schaffen.

In vielen Ländern wurden Gesetze geschaffen oder wird diskutiert, Arbeitnehmerrechte zu beschränken oder Streiks in „wesentlichen Diensten“ oder sogar für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu verbieten. Darüber hinaus ist die Kriminalisierung der sozialen Konflikte und die zunehmende Gewalt gegen Demonstranten eine Realität in der ganzen Welt in einer Zeit, in der Arbeitgeber und Regierungen Sparmaßnahmen verordnen. PSI und seine Mitglieder engagieren sich im Kampf für die Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer und des Streikrechts und unterstützen deren Kämpfe gegen Verschlechterungen.

(Zusammengestellt von E.B.)

Quelle: <http://www.world-psi.org> 10.9.2015.

*) PSI – Öffentliche Dienstleistungen International – ist ein globaler Gewerkschaftsverband, der 20 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer repräsentiert, die wichtige öffentliche Dienstleistungen in 150 Ländern erbringen.

Die Bekämpfung der Fluchtursachen muss im Zentrum stehen

BERLIN. Anlässlich des heutigen Sondertreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs zur aktuellen Flüchtlingskrise fordert VENRO von der EU die Einrichtung sicherer Fluchtwege und ein neues Verfahren zur Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen. Mittelfristig muss die Bekämpfung der Fluchtursachen im Zentrum aller Anstrengungen stehen.

„Das Umherirren und das Verschieben von Flüchtlingen in Europa zwischen einzelnen Ländern muss ein Ende haben“, sagt Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO. Die gestrige Einigung der EU-Innenminister, 120 000 Flüchtlinge europaweit zu verteilen, sei ein erster Schritt, greife aber zu kurz. „Die EU muss sichere Fluchtwege einrichten und sich auf ein neues Verfahren zur Aufnahme der Flüchtlinge einigen.“ Nur dann könnten weiteres Leid und Todesfälle auf den Fluchtrouten nach und durch Europa verhindert werden.

Am heutigen Mittwoch treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Staaten zu einem Sondertreffen zur aktuellen Flüchtlingskrise. Dort sollen Maßnahmen zur Stabilisierung der Herkunftsländer der Flüchtlinge sowie die Einrichtung eines permanenten Notfallmechanismus diskutiert werden. Im Fokus steht die Situation in Syrien und den Nachbarländern.

„VENRO begrüßt das humanitäre Signal der Bundesregierung und die unbürokratische Aufnahme von tausenden Flüchtlingen. Wir dürfen aber nicht vergessen: Über 11 Millionen Menschen sind innerhalb Syriens auf der Flucht oder haben sich in die unmittelbaren Nachbarländer geflüchtet“, so Bornhorst. „Eine Stabilisierung der Nachbarländer Syriens mit direkter humanitärer und finanzieller Unterstützung ist dringend notwendig.“ Auch eine angemessene Finanzierung des UN-Flüchtlingshilfswerkes und des World Food Programme seien jetzt erforderlich.

„Um den Krieg und die humanitäre Katastrophe in Syrien endlich zu beenden, muss die EU eine politische Lösung vorantreiben und Kontakte mit allen maßgeblichen Akteuren aufnehmen“, so Bornhorst weiter.

Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das ist die höchste Zahl seit Ende des Zweiten Weltkrieges. „Die Bekämpfung der Fluchtursachen muss mittelfristig im Zentrum aller Anstrengungen stehen“, sagt Bornhorst weiter. „Entwicklungszusammenarbeit kann dabei eine Rolle spielen. Vor allem aber bedarf es einer fairen globalen Wirtschafts- und Handelspolitik, die Entwicklungsländer nicht länger als Rohstofflager oder Absatzmarkt sieht.“

<http://venro.org/presse/>

Tausenden jungen Flüchtlingen soll Schulbesuch und Ausbildung verboten werden

BERLIN. Union und SPD haben einen Gesetzentwurf zur Flüchtlingspolitik vorgelegt, der am Donnerstag beim Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern beraten und bereits im Oktober von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden soll. Das Gesetzespaket enthält massive Verschärfungen, welche zu Bildungsverböten bei jungen Flüchtlingen und einer Kindeswohlgefährdung durch Dauerkasernierung führen könnten. Begrüßenswerte Änderungen, wie etwa die geplante Heraufsetzung der Handlungsfähigkeit im Asylverfahren auf 18 Jahre, der Ausbau der Sprachförderung und die Unterstützung für besonderrschutzbefürchtete Personen werden so konterkariert. „Die geplanten Bildungsverbote machen alle Erfolge zunichte, die durch Jugendhilfe und Schulen bislang erreicht worden sind“, erklärt Ulrike Schwarz vom Bundesfachverband UMF e.V., „Tausende junge Flüchtlinge müssten weiterführende und berufliche Schulen verlassen und würden nach der Jugendhilfe perspektivlos in Sammelunterkünften landen, statt eine Ausbildung beginnen zu können.“

Vorgesehen ist, dass geduldeten Flüchtlingen (derzeit etwa 129 000 Personen) jede Bildungsmaßnahme, die über die allgemeine Schulpflicht hinausgehen, verboten werden soll, wenn sie aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern stammen oder ihnen vorgeworfen wird, nicht an ihrer Abschiebung mitzuwirken. Neben Schutzsuchenden aus verschiedenen Westbalkanstaaten, dem Senegal und Ghana könnten davon z.B. auch geduldete Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan und Nigeria betroffen sein. Sie müssten etwa Flüchtlingsklassen an Berufsschulen, (schulische) Ausbildungen, Oberstufen sowie Universitäten verlassen.

Familien aus „sicheren Herkunftsländern“ würden auch über die Bildungsverbote hinaus massiv entrechtet. Sie sollen mit Arbeitsverboten, Sachleistungen, Residenzpflicht und Aufenthaltsverboten dauerhaft in Erstaufnahmeeinrichtungen kaserniert werden. Es drohen damit große Sondereinrichtungen der Verzweifelten und Ausgegrenzten, in denen Entrechtung, Armut, Enge und Lärm eine Kindeswohlgefährdung darstellen würden und durch die der Regelschulbesuch erschwert wird. Flüchtlingskinder, die etwa mit ihren Eltern bereits in einem anderen EU-Land anerkannt und nicht ins Elend in Ungarn, Bulgarien oder Italien zurückkehren, sollen die Leistungen massiv gekürzt werden. Sie erhalten lediglich Unterkunft und Verpflegung.

Ganzen Familien würde das soziokulturelle Existenzminimum und damit ein Mindestmaß an Teilhabe und Integration verwehrt werden.

<http://koelner-fluechtlingsrat.de/neu/>

Anzeige gegen Volkswagen wegen Kollaboration mit der brasilianischen Militärdiktatur

KÖLN. Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre unterstützt die Anzeige, die heute um 16 Uhr (Ortszeit São Paulo) gegen VW do Brasil wegen Kollaboration des Konzerns mit den Repressionsorganen der zivil-militärischen Diktatur in Brasilien (1964–1985) eingereicht wird. Die Anzeige wird vom brasilianischen Menschenrechtskollektiv Memória, Verdade, Justiça e Reparação (Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit und Reparation), das sich aus Betroffenen, Gewerkschaftern, sozialen Bewegungen und Menschenrechtsgruppen zusammensetzt, bei der Staatsanwaltschaft von São Paulo erstattet. Das Kollektiv will mit dieser Anzeige den Staatsanwalt des Bundesstaats von São Paulo, Pedro Antônio de Oliveira Machado, bewegen, zivilrechtliche Ermittlungen gegen den Tochterkonzern des deutschen Autobauers einzuleiten. Die Anzeige, die den Kritischen Aktionärinnen und Aktionären vorab vorliegt, stützt sich auf Zeugenaussagen Betroffener, die diese vor den Wahrheitskommissionen getätigt hatten, sowie auf mehrere in Archiven aufgetauchte Fundstücke, die die Kollaboration von VW mit den Repressionsorganen belegen, die dem Dachverband ebenfalls vorliegen. Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre hatte bereits auf den Hauptversammlungen 2014 und 2015 Volkswagen mit dem Vorwurf der Verstrickung in die brasilianische Militärdiktatur konfrontiert. „Volkswagen muss sich seiner historischen Verantwortung stellen und sich dazu bekennen. Dazu gehört aber neben einer Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit auch die Bitte bei den Betroffenen um Entschuldigung sowie eine deutliche Entschädigung der Opfer“, fordert Christian Russau, Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. /www.kritischeaktionäre.de

Unabhängige Patientenberatung: Paritätischer kritisiert Vergabeentscheidung

BERLIN. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat die heute bekannt gegebene Vergabeentscheidung zur unabhängigen Patientenberatung deutlich kritisiert. Nach dem Verständnis des Paritätischen gehöre eine unabhängige Patientenberatung selbstverständlich institutionell in die Hände der Betrof-

fenen und ihrer Zusammenschlüsse. Patientenschutz und Patientenberatung seien eine Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft. „Wir bedauern, dass durch dieses Ausschreibungsverfahren bewährte Strukturen zerschlagen werden und viel Kompetenz verloren geht. In verschiedenen Bereichen ist das marktwirtschaftliche Instrument der Ausschreibung grundsätzlich zu hinterfragen. Ohne dies Sanvartis unterstellen zu wollen, wäre es zudem nicht das erste Mal, dass ein Ausschreibungsgewinner die versprochene Leistung schuldig bleibt und man am Ende vor einem Scherbenhaufen steht“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. www.paritaetische.de

TTIP, CETA, TiSA & Co stoppen! Für einen gerechten Welthandel!

FRANKFURT. Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Es ist daher höchste Zeit, unseren Protest gegen „Frei“handelsabkommen auf die Straße zu tragen! Sogenannte „Frei“handelsverträge wie TTIP & CETA sind ein Angriff auf gesellschaftliche Errungenschaften und auf unsere Demokratie. Es ist ihr erklärtes Ziel, sogenannte „Handelshemmnisse“, wie etwa Vorschriften in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Arbeitsrecht oder Datenschutz, abzubauen oder zu verringern. Sie weiten die Herrschaft von Konzernen und Superreichen aus und schwächen den Einfluss von Bürger:innen und gewählten Parlamenten. Doch die Herrschenden haben ihre Rechnung ohne uns gemacht. Die Debatte um TTIP hat die falschen Versprechungen der Freihandelsideologie entlarvt. Konzernprofite und Wachstumswahn schlagen den Takt zum Demokratieabbau und für eine zerstörerische Weltordnung. Dagegen protestieren wir und gehen auf die Straße: für eine demokratische, soziale und ökologische Handels- und Investitionspolitik, weltweit! „Freihandel ist ... der Protektionismus der Mächtigen“, sagt Vandana Shiva, indische Aktivistin und Trägerin des alternativen Nobelpreises. Er erzeugt wenige Gewinner und viele Verlierer – und verstärkt so die soziale Spaltung von Gesellschaften; Ernährungssouveränität, Ressourcen- und Klimagerechtigkeit sowie Menschenrechte bleiben auf der Strecke.

www.attac-netzwerk.de

3. Jahrestag des Fabrikbrands in Pakistan: KiK muss versprochenen Schadensersatz an Opfer zahlen

WUPPERTAL. Drei Jahre nach dem verheerendsten Industrieunfall in der Geschichte Pakistans fordern die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clo-



Bei dem Brand der Textilfabrik Ali Enterprise am 11. September 2012 wurden 254 Menschen getötet und 55 schwer verletzt. Die Ausgänge der Fabrik waren versperrt und Fenster vergittert, so dass die verzweifelte Arbeiter den Flammen nicht entkommen konnten. Die Fabrik hatte Kleidung für den Textildiscounter KiK gefertigt, der 3.200 Filialen in Deutschland, Österreich und Osteuropa unterhält. Nach der Katastrophe hatte das Unternehmen ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet, das KiK rechtsverbindlich zu einer ersten Zahlung von 1 Mio. US-Dollar Soforthilfe an die Opfer und ihre Familien verpflichtet. Den ersten Teil des Abkommens ist KiK nachgekommen. Allerdings ist das Unternehmen bis heute der Verpflichtung zur Aushandlung der langfristigen Schadensersatzzahlungen an die Opfer nicht nachgekommen. Außerdem ist KiK dem Abkommen zufolge verpflichtet 250.000 US-Dollar für eine bessere Durchsetzung der Arbeitsnormen zu zahlen; auch diese Summe steht noch aus.

www.saubere-kleidung.de

Mehr Demokratie sieht keine tragfähigen Argumente für Wahlhürde

KÖLN. Die Initiative „Mehr Demokratie“ bedauert, dass sich nach SPD und Grünen auch die CDU im Landtag nicht mehr an die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs des Landes für eine Sperrklausel bei Kommunalwahlen hält. „Die CDU unterstützt einen Gesetzentwurf von SPD und Grünen, obwohl der erforderliche Nachweis der Funktionsunfähigkeit von Räten immer noch nicht erbracht worden ist“, kritisiert Landesgeschäftsführer Alexander Trennheuser. Noch im Frühjahr hatte die CDU-Fraktion einen solchen Nachweis zur Bedingung für eine Zustimmung zu einer neuen Sperrklausel gemacht. Dazu hatten die Christdemokraten eine entsprechende Untersuchung des Innenministeriums gefordert. In einem Urteil zur damaligen Fünf-Prozent-Hürde hatte der Verfassungsgerichtshof den Nachweis der Funktionsunfähigkeit von Räten als notwendige Bedingung für eine Sperrklausel bestimmt. Funktionsunfähig sind Räte dann, wenn sich etwa keine Mehrheit mehr für eine Verabschiedung eines städtischen Haushalts findet ... Kritikwürdig findet Mehr Demokra-

tie auch die Erklärung des Grünen-Fraktionschefs Mehrdad Mostofizadeh, dass mit einer neuen allgemeinen Sperrklausel (geplant: 2,5%) unterschiedliche „faktische Sperrklauseln“ glattgebügelt würden und eine Gleichstellung herbeigeführt werde. „Wenn Parteien in Kommunen mit kleineren Räten mehr Stimmen für einen Sitz brauchen als in Städten mit großen Räten, ist das etwas anderes als die künstliche Vorenthaltung von Ratssitzen durch eine Sperrklausel. Ein solches Argument wird den Verfassungsgerichtshof kaum überzeugen“, meint Trennheuser. SPD, CDU und Grüne wollen den Gesetzentwurf zur Verankerung der neuen Sperrklausel in der Landesverfassung in der kommenden Woche in den Landtag einbringen. „Angesichts der schwachen Argumente der Fraktionen sehen wir gute Chancen für eine erfolgreiche Klage von kleinen Parteien gegen die neue Demokratie-Hürde“, erklärt Trennheuser. <http://nrw.mehr-demokratie.de>

Stärkung der Schwerbehinderten- vertretung

BERLIN. Im Herbst plant die Bundesregierung eine Reform der Schwerbehindertenvertretung (SBV). In einer gemeinsamen Erklärung stellen SoVD, DGB, weitere Sozial- und Behindertenverbände sowie die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung ihre Vorschläge für die kommende Reform vor. Neben erweiterten Rechten für die SBV wird eine höhere Ausgleichsabgabe für Unternehmen gefordert, die ihre Beschäftigungspflicht für Behinderte nicht erfüllen. Die Schwerbehindertenvertretung (SBV) ist im Unternehmen Experte zu Fragen der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und von Behinderung bedrohter Menschen, für die Ausgestaltung von barrierefreien Arbeitsplätzen, die Wiedereingliederung erkrankter Beschäftigter und die Zusammenarbeit mit Behörden und Leistungsträgern. Sie ist für die Beschäftigten und für die Unternehmen von großem Nutzen. Die Tätigkeit der SBV erfordert breites Wissen und aufgrund des demografischen Wandels und eines gewachsenen Aufgabenspektrums zunehmend einen hohen Zeitaufwand. Vor diesem Hintergrund ist die Reform der Schwerbehindertenrechts dringend notwendig. Folgende Punkte haben dabei aus unserer Sicht höchste Priorität:

1. Verbesserte Freistellungs-, Vertretungs- und Schulungsansprüche ...
2. Sicherstellung der Information und Anhörung der SBV ...
3. Verbindlichkeit von Integrationsvereinbarungen ...
4. Erhöhung der Ausgleichsabgabe ...
5. Übergangsmandat.

www.sovd.de/sozialverband_deutschland.htm

Antrag vom 21.7.2015. Initiative: Çetin Oraner (Die Linke), Unterstützer: Sonja Haider (ÖDP)

München fördert die berufliche Bildung für junge Flüchtlinge: Die „Berufsschule zur Berufsvorbereitung“ wird zum Kompetenzzentrum

Der Stadtrat möge beschließen: Die Verwaltung, insbesondere das Referat für Bildung und Sport in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat, wird beauftragt, die erforderlichen Schritte dafür einzuleiten, dass die Berufsschule zur Berufsvorbereitung zum Kompetenzzentrum für die berufliche Bildung von Flüchtlingen aufgewertet wird.

Dazu werden insbesondere

- eindeutige organisatorisch-pädagogische Zuordnungen für alle Projekte, Einrichtungen und die Flüchtlingsklassen an allen Berufsschulen geschaffen;
- die bisherige Filiale an der Balanstr. zur selbständigen Einheit mit eigenständiger Leitung (als stellvertretender Leiter der gesamten Berufsschule) ausgebaut;
- die Möglichkeiten der baulichen Erweiterung am Bogenhausener Kirchplatz ausgeschöpft, u.a. durch einen Vollausbau der Turnhalle und einen zweckdienlichen Neubau auf der Fläche des bisherigen Pavillons.

Begründung: Die Berufsschule zur Berufsvorbereitung wird im Schuljahr 2015/16 in 15 Klassen Flüchtlinge beschulen und in Werkstätten unterrichten. Die damit beauftragte Filiale in der Balanstraße hat daher einen immens gestiegenen Aufwand zur Betreuung und Organisation. Die Berufsschule zur Berufsvorbereitung hat auf diesem Feld in vielen Jahren große Kompetenzen erworben, leider hinkt die organisatorische Struktur und die Verteilung der Kompetenzen und Zuständigkeiten einer solchen notwendigen Schwerpunktbildung hinterher. Angesichts stetig steigender Zahlen junger Flüchtlinge, die vielfach berufsschulpflichtig sind, sind rasche organisatorische Anpassungen erforderlich. Weiterhin wird die Arbeit dadurch erschwert, dass verschiedene andere – durchaus engagierte und ehrenwerte – Projekte und Einrichtungen sich um junge Flüchtlinge bemühen. Teilweise geht es um Schulabschlüsse, sprachliche Förderung oder kulturelle Integration. Auf der anderen Seite wird es immer wichtiger, den jungen Flüchtlingen klare Strukturen mit einer ebenso klaren Perspektive anzubieten. Diese Perspektive wird in sehr vielen Fällen die Ausbildungsfähigkeit sein. Die Eigenständigkeit der einzelnen Projekte sollte beim Erreichen dieses Ziels erhalten bleiben, dennoch muss organisatorische Klarheit geschaffen werden.

Die Münchner „Berufsschule zur Berufsvorbereitung“ leistet Erstaunliches

Von Jürgen Lohmüller*

Für die Linke im Münchner Stadtrat ist die berufliche Bildung mit ihren verschiedenen Strängen nicht nur ein ganz zentrales Segment der Münchner Bildungslandschaft, sondern auch Dreh- und Angelpunkt für die Entwicklung wesentlicher gesellschaftlicher Bereiche: von der Integration junger Flüchtlingen, den ersten Schritt in das Arbeitsleben für den Großteil aller Jugendlichen bis zu Fragen der Herausbildung von Selbstwertgefühl und kultureller Identität. Mit rund 50 000 Schülerinnen und Schülern stellen die Berufsschüler die mit Abstand größte

finden sich in jeder Klasse; darunter sehr viele aus Afghanistan, Algerien, Nordafrika und – mit abnehmender Tendenz – aus der Türkei. Integrationsprobleme? Kaum vorhanden – denn alle werden mit einbezogen, arbeiten viel praktisch in den Werkstätten und machen – sehr wichtig – viel Sport.

Durch die zunehmende Anzahl von Flüchtlingen in München hat sich in den letzten Jahren ein neuer Schwerpunkt herausgebildet: die Arbeit mit Flüchtlingen. Zurzeit gibt es zehn sogenannte Flüchtlingsklassen, konzentriert in der Filiale Balanstraße, weitere sechs Klassen werden auch



Baustelle auf der pädagogischen Farm

Gruppe unter den Münchner Schülern – mehr als Realschüler und Gymnasiasten zusammen. Dennoch ist es erstaunlich, wie wenig Beachtung dieser Bereich unserer Bildung in der Öffentlichkeit erfährt – und wie viel Modellhaftes an pädagogischer Entwicklung hier geleistet wird.

MitLinks wird in loser Folge über die Beruflichen Schulen unserer Stadt berichtet.

Ende Juni sprach Stadtrat Çetin Oraner mit dem Leiter der im Jargon schlicht „BoKi“ genannten „Berufsschule zur Berufsvorbereitung am Bogenhausener Kirchplatz“ (BSV), Klaus Seiler. Schon der schiere Umfang des Schulbetriebs ist verblüffend: Klaus Seiler betreut 115 Lehrer, rund 1 800 Schüler sind „angemeldet“, davon 150 Schüler an anderen Schulen.

Wozu gibt es überhaupt eine Berufsschule zur Berufsvorbereitung? Kernaufgabe ist es, alle Schülerinnen und Schüler, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, so weit zu „beschulen“, dass damit die Schulpflicht erfüllt werden kann. Die Schüler verteilen sich auf insgesamt 43 Nationen, mindestens zehn verschiedene Nationen

in anderen Berufsschulen betreut, im Schuljahr 2015/16 werden es wahrscheinlich schon 15 Klassen sein. Auch die Betreuung der SchlaU-Schule – mit ihrem Konzept des „schul-analogen Unterrichts“ – durch Lehrkräfte der Berufsschule zur Berufsvorbereitung fällt unter die Regie der BoKi-Leitung.

Die Schule arbeitet in vier Strängen: dem BVJ (Berufsvorbereitungsjahr) für Schüler, die keinen Ausbildungs-Platz haben, Beschulung erfolgt in Vollzeit für ein Jahr, mit 32 Unterrichtsstunden wöchentlich. Dabei ist pädagogisch wichtig der ständige Wechsel von allgemeinem und praktischem Unterricht u.a. in eigenen Werkstätten. Nach diesem BVJ ist formal die Berufsschulpflicht erfüllt, es sollte eine gewisse Ausbildungsreife erzielt worden sein. Viele Schüler kommen jedoch freiwillig weiter in die Schule! Besser wäre es allerdings, diesen weiteren Besuch obligatorisch zu machen, zumindest so lange bis ein Ausbildungs-Platz gefunden ist.

Ein weiterer Bereich ist „JoA“ (Jugend ohne Ausbildung), d.h. die Möglichkeit in jeweils zehn Wochen jährlichem (!) Vollzeit-Unterricht, drei Jahre

<http://www.boki.musin.de/>

lang der Berufsschulpflicht zu genügen. Diese „Lösung“ ist eher unbefriedigend, da die Jugendlichen in den Zwischenzeiten sich selbst überlassen bleiben. Zu JoA sind 80 bis 90 Schüler „eingeladen“, nur zwischen zehn und 40 nehmen allerdings tatsächlich teil!

Darüber hinaus muss die Beschulung von schulpflichtigen Teilnehmern aus den verschiedenen Projekten und Maßnahmen u.a. der Arbeitsagentur bzw. des Jobcenters gewährleistet werden.

Eine besondere Herausforderung sind die erst seit 2010/11 bestehenden Flüchtlingsklassen in der Filiale Balanstraße. 2010/11 waren es noch vier Klassen, in diesem Schuljahr sind es zehn Klassen, im Schuljahr 2015/16 werden es 15 Klassen sein. Die jungen Flüchtlinge werden in zwei Jahren in „Vollzeit“ beschult, d.h. in einem geeigneten Wechsel von Sprachunterricht, Allgemeinbildung, Sport und Spiel und Berufsorientierung. Als Abschluss wird möglichst der „qualifizierte Mittelschulabschluss“ angestrebt, dem dann eine duale Ausbildung folgt, die allerdings oft mit AbH (ausbildungsbegleitende Hilfen der Arbeitsagentur) flankiert werden muss. Sechs Flüchtlings-Klassen werden zusätzlich an anderen Berufsschulen betreut.

Problem: es fehlt ein einheitliches

und systematisches „Clearing“, es gibt zu viele unterschiedliche zuständige Stellen und Betreuer. Daher gibt es weder eindeutige Zahlen, noch eine klare Zuweisung „wer kommt warum wohin?“. Leider erfolgt auch die meist notwendige Zuweisung in ausbildungsbegleitende Hilfen allein durch die Arbeitsagentur.

Als größte Herausforderungen stellen sich folgende Bereiche dar:

Baulich: Ausbau einer Turnhalle, was sich wegen Einwänden der unteren Naturschutzbehörde verzögert. Worin diese Einwände im Einzelnen bestehen, ist leider nicht bekannt.

Ausbau eines zusätzlichen Werkstatttrakts auf der Fläche des bisher nur für einen Behelfspavillon genutzten Bereiches.

Pädagogisch: Anerkennung als „Kompetenz-Zentrum Flüchtlinge“ für alle Berufsschulen, auch im Landkreis. d.h. Federführung für alle Bildungseinrichtungen, die sich mit Flüchtlingen befassen.

Jetzt gilt z.B. die – sehr verdienstvolle – SchlaU-Schule auch als Kompetenz-Zentrum, konzentriert sich jedoch auf das Nachholen eines Schulabschlusses, die eigentliche Berufsvorbereitung wäre jedoch auch erforderlich (z.B. durch Zusammenarbeit mit einer

Partner-Berufsschule?).

Auch für die bessere öffentliche Wahrnehmung wäre der Status als „Kompetenz-Zentrum“ wichtig.

Organisatorisch: Die Filiale Balanstraße sollte als eigenständige Schule für Flüchtlinge mit eigenem Leiter (als stv. Leiter der Gesamt-Berufsschule, statt wie bisher nur als Mitarbeiter) „abgetrennt“ werden. Diese relative Eigenständigkeit bedeutet sowohl eine Entlastung für den BoKi als auch größere Flexibilität bei den immer schneller notwendigen Entscheidungen.

Die Linke hat zu all diesen Fragen am 21. Juli einen Antrag eingebracht: „München fördert die Berufliche Bildung für junge Flüchtlinge: ‚die Berufsschule zur Berufsvorbereitung‘ wird zum Kompetenzzentrum.“ (Siehe Kasten).

Die jüngsten Entwicklungen – der immer stärker werdende Zustrom auch junger Geflüchteter – belegen, dass neben einer menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung vor allem der Weg in die Arbeitswelt für die zu uns kommenden Jugendlichen ermöglicht und geebnet werden muss!

* Nachdruck aus MitLinks Nr. 53, München, September 2015. www.flink-m.de/uploads/media/201509525_MitLinks53.pdf, Seite 22

Mannheim: Türkische Rechte provozieren

Nach der Kundgebung der AKP- und MHP-Anhänger auf dem Marktplatz am 12.9.2015 kam es zwischen türkischen und kurdischen Jugendlichen zu Unruhen und Ausschreitungen in der Stadt. Aufgerufen zu der Kundgebung hatte die UETD, die als Lobby-Organisation der AKP-Regierung fungiert. Sowohl der Aufruf selbst als auch die teilnehmenden türkischen Nationalisten und Faschisten, haben insbesondere bei der kurdischen Community und auch bei linken türkischen Organisationen für Bestürzung gesorgt. Trotz Hinweisen auf zu erwartende faschistische Inhalte wurde die Kundgebung von der Stadt genehmigt und konnte so durchgeführt werden.

Einige der Kundgebungsteilnehmer sind vor und nach der Kundgebung durch die Quadrate gezogen mit Hetzparolen gegen Kurdinnen und Kurden. Sie griffen auch einige kurdische Geschäfte an. Zuvor waren kurdische Unternehmer in Mannheim über Social Media als PKK-Anhänger diffamiert und zur Zielscheibe gemacht.

Nach der Kundgebung eskalierte die Lage, die Stimmung war bereits angeheizt. Es kam zu Körperverletzungen und Festnahmen.

Am Montag darauf fand am Mannheimer Hauptbahnhof eine größere Kundgebung kurdischer und linker türkischer Vereine sowie der Linksju-

gend und von AntifaschistInnen statt.

Oberbürgermeister Kurz hat am Mittwoch nach den Ausschreitungen auf Basis der „Mannheimer Erklärung zum Geist der Offenheit, der Toleranz und der Verständigung“ eine Einladung an alle türkischen und kurdischen Vereine geschickt und mit den Vertretern beider Seiten eine Gesprächsrunde geführt.

Für die kurdischen VertreterInnen ist das bevorzugende Verhältnis der Stadt Mannheim zu einigen der türkischen Moscheen und Vereine in Mannheim als scheinbaren Integrations- und Dialogpartnern ein Problem. Diese Vereine und Moscheen reden vordergründig viel über Toleranz, Akzeptanz und Vielfalt. Sie stehen aber gleichzeitig in enger Verbindung mit der türkischen Regierung, mit nationalistischen, islamistischen und selbst faschistischen Kräften. In der Türkei unterstützen sie Repressionen gegen Kurdinnen, Alevitinnen, Armenier, SozialistInnen. Für eine Stadt wie Mannheim, die eine antifaschistische Tradition hat und diese auch sorgsam pflegt, ist es wichtig in Zukunft die türkischen faschistischen Elemente, die sich in Mannheim ganz offen äußern, nicht zu tolerieren, sondern zu bekämpfen. Das Gespräch mit OB Kurz verlief nach Angaben aller Vereinsvertreter positiv. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass



Gesprächsrunde beim OB (Bild Stadt Mannheim)

der Konflikt trotz aller Entwicklungen und Hintergründe nicht in Mannheim ausgetragen werden darf. Es wurde weiterhin festgelegt, eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden.

Trotz dieser positiven Entwicklung in Mannheim wird sich in der Türkei die Situation bis zu den Neuwahlen am 1. November vermutlich nicht beruhigen. Der Kriegskurs der AKP-Regierung und die Repressionen gegenüber Kurdinnen in allen Teilen der Türkei werden intensiver.

Trotz dieser schrecklichen Ereignisse müssen alle Parteien, Vereine, Organisationen und Personen sich für den Frieden in der Türkei engagieren. Wir appellieren daher an alle Beteiligten, diesen Konflikt nicht gewaltsam in Mannheim und anderswo auszutragen. *Gökay Akbulut, Linke-Stadträtin* (aus Kommunalinfo Mannheim)

Katastrophale Wahlbeteiligung – stark lokal bestimmte Ergebnisse

Eine katastrophale Wahlbeteiligung, das ist das gemeinsame Ergebnis der Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen in elf von 23 kreisfreien Städten, elf von 31 Landkreisen und etlichen kreisangehörigen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. 30 bis 38 %, das war die Spannweite im ersten Wahlgang am 13.9.2015 in den kreisfreien Städten, nur Münster und die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn fielen mit rund 45 % positiv aus dem Rahmen. In den Landkreisen lag sie etwas höher mit dem „Spitzenreiter“ Kreis Coesfeld mit 51,8 %. Im zweiten Wahlgang am 27.9. lag sie noch einmal tiefer, das Schlusslicht bildete Essen mit 27,7 %. Die Wahlbeteiligung lag damit noch einmal um annähernd zehn Prozentpunkte unter der der Kommunalwahlen im letzten Jahr.

CDU kann Großstadt? Eher (noch) nicht wieder

Während die Presse nach dem ersten Wahlgang eher einen Vorsprung für die CDU ausmachte, ist dies bei näherem Hinsehen nicht so einfach. Die CDU stellt nun zwar in Oberhausen und Bonn den Oberbürgermeister, wo viele Jahre die SPD den Spitzenbeamten stellte, und gewann auch in Essen als neuntgrößter Stadt der Bundesrepublik. In den vier Großstädten Leverkusen, Wuppertal, Krefeld und Solingen gewannen jedoch Kandidaten der SPD, die teilweise im Bündnis mit den Grünen und in Wuppertal mit ausdrücklicher Unterstützung der Partei Die Linke langjährige Amtsinhaber der CDU aus dem Rennen warfen. In den elf Kreisen, in denen gewählt wurde, konnte die SPD mit Herford und Lippe immerhin zwei Kreise von der CDU hinzugewinnen und ihren guten Stand im Ennepe-Ruhr-Kreis auch mit einem neuen Kandidaten halten.

Die Ergebnisse der Oberbürgermeister- und Landratswahlen sind offensichtlich stark lokal geprägt. Eine „selbstherrliche Politik“ des Oberbürgermeisters Peter Jung (CDU) mit drastischen Kostensteigerungen beim hochumstrittenen Stadtentwicklungsprojekt Döppersberg und die vom Oberbürgermeister durchgesetzte Schließung des Schauspielhauses waren in Wuppertal bestimmende Themen des Wahlkampfes, die zu einem „Erdrutsch“ von 59,7 % zu 40,3 % zugunsten des sozialdemokratischen Herausforderers Andreas Mucke führten.

Genau umgekehrte Vorzeichen gab es in Essen: Thomas Kufen (CDU) war in der Stichwahl mit 62,6 % zu 37,5 % für Reinhard Paß (SPD) erfolgreich, dem in der Öffentlichkeit ebenfalls eine abgehobene Amtsführung

und die Verantwortung für mehrere Skandale bei städtischen Gesellschaften vorgeworfen wurde. Die eigene Parteivorsitzende hatte ihm vor einem Jahr vorgeworfen hatte, „als Oberbürgermeister nicht geeignet“ zu sein. In einem Mitgliederentscheid setzte er sich gegen eine schwache Gegenkandidatin knapp durch.

„Zuhören, verstehen, machen“ – mit diesem Slogan setzte sich der 42-jährige Landtagsabgeordnete und Kandidat der CDU in der neuntgrößten Stadt der Bundesrepublik durch. Er hat im Wahlkampf tatsächlich mit allen das Gespräch gesucht, ging zu jeder Podiumsdiskussion – während Reinhard Paß mit einer Ausnahme alle absagte – und punktete auch bei Migrantenvereinen. Als Schwuler steht er sicherlich für eine neue, offenere Politik der CDU. Trotzdem war seine Stärke vor allem die Schwäche des SPD-Kandidaten, wie Die Linke in ihrer Stellungnahme betonte.

In Köln findet die Oberbürgermeisterwahl erst Ende Oktober statt, da die Wahlzettel und Tausende von bereits abgegebenen Briefwahlstimmen wegen eines Formfehlers vernichtet werden mussten. Auch hier wird es eng für den Oberbürgermeisterkandidaten der SPD.

Die Linke unter Rats- und Kreistags-ergebnissen

Die Linke trat in vier kreisfreien Städten mit eigenen Kandidaten an, die zwischen 3,7 % in Bochum und 6,7 % in Wuppertal erhielten. Bei den Landratswahlen trat sie in fünf Kreisen an, mit Ergebnissen zwischen 2,8 % im Kreis Kleve und 11,8 % im Nachbarkreis Viersen – wo allerdings weder SPD noch Grüne antraten, sondern nur Kandidaten von CDU, FDP und Die Linke. Von der Tendenz her kann man sagen, dass dort, wo viele Kandidatinnen und Kandidaten antraten, die Ergebnisse für Die Linke vergleichsweise niedrig ausfielen. In Bochum gab es zwölf Kandidaten, in Essen elf, vier im linken Spektrum verortet. Hier erhielt Die Linke 3,8 % gegenüber 5,3 % bei der Ratswahl vor eineinhalb Jahren.

Auch insgesamt lagen die Wahlergebnisse fast durchweg unter den Ergebnissen der Rats- bzw. Kreistagswahl im letzten Jahr. Das gilt entsprechend auch für die Kandidatinnen und Kandidaten der anderen kleineren Parteien. Bei Wahlen, bei denen es klar ist, dass der oder die Kandidat/in nicht gewinnen wird, ist es für die kleineren Parteien schwierig, Stimmen zu erhalten. Hinzu kommt, dass die Wahlbeteiligung in den Großstädten gerade

in den Stadtteilen, in denen es große soziale Probleme gibt, besonders niedrig war. Schon im ersten Wahlgang lag sie in einigen Stadtteilen unter 20 %. D.h. gerade die ärmeren Leute gingen oft gar nicht zur Wahl. Das wirft für Die Linke erhebliche strategische Probleme auf.

Natürlich stellt sich da die Frage, ob man überhaupt „dabei sein“ musste, zumal es eine ähnliche Konstellation – Wahlen zu den Stadt- und Kreisspitzen ohne Wahlen zu den Räten und Kreistagen – nicht wieder geben wird. Sicher ist jedoch, dass Die Linke in den Orten, in denen sie antrat, im Wahlkampf deutlich präsenter war. Und sie konnte auch in einzelnen kleineren Orten wie der 50.000-Einwohner-Zechenstadt Ibbenbüren mit 9,9 % der Stimmen für den ehemaligen Bergmann und linken Ratsherrn Ernst Goldbeck beachtliche Ergebnisse erzielen.

Die Ergebnisse selbst waren allerdings dort am positivsten, wo sich links ausgerichtete Bündnisse bildeten. In Herne erhielt der von allen kleinen Parteien von Grünen bis Piraten unterstützte Kandidat mit 25,6 % der Stimmen mehr, als der Kandidat der CDU (18,5 %).

Örtliche Neuausrichtungen stehen an

In Städten wie Essen und Wuppertal steht nun eine politische Neuformierung an. In Wuppertal bröckelt die Große Koalition von CDU und SPD, rot-grüne Mehrheiten mit linker Unterstützung wären möglich. In Essen betonen SPD und CDU zwar, dass sie ihre 2009 vereinbarte Kooperation im Rat fortsetzen wollen – Verträge sind einzuhalten. Doch nimmt das Gewicht der CDU bei einer CDU-geführten Verwaltung natürlich erheblich zu. Darüber hinaus wäre nun eine Einstimmigkeit der Vierer-Bündnisses von CDU, Grünen, FDP und Bürgerbündnisses möglich. Das Druckpotential gegen die SPD ist also groß.

Doch auch die Opposition muss sich neu formieren. Wichtig ist es, Mehrheitsoptionen auch ohne die CDU offen zu halten oder neu zu schaffen. Interessant ist eine Äußerung der SPD-Unterbezirksvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Britta Altenkamp in Essen zum Wahlergebnis: „Wir sind nicht anschlussfähig für andere Parteien, das ist ... ein spezifisches Problem der Essener SPD. Das Netteste, was Grüne oder andere für uns in der Stichwahl gemacht haben, war, keine ausdrückliche Empfehlung für einen anderen Kandidaten abzugeben.“ (NRZ, 29.9.2015) Na immerhin. Solche Einsichten lassen hoffen!

Wolfgang Freye



Vor dem besetzten Michel; Quelle: FotoArchivKollektiv

Romano Jekipe Ano Hamburg erhält Schutzraum vor Abschiebung und fordert weiterhin ein Bleiberecht

Die Gruppe „Romano Jekipe Ano Hamburg – Vereinigte Roma Hamburg“ hat nach der Besetzung des Michels am vergangenen Donnerstag von der Kirchengemeinde St. Michaelis einen Schutzraum vor der drohenden Abschiebung erhalten und hält sich bis auf weiteres in den zur Verfügung gestellten Räumen im Gemeindehaus auf. Sie fordert einen sofortigen Abschiebestopp in den Balkan sowie ein Bleiberecht für ihre Familie:

„Wir sind der Kirche dankbar, dass sie uns einen Schutzraum vor der drohenden Abschiebung in eine Situation von Verfolgung, Diskriminierung und Elend bietet und sich bei der Politik für uns einsetzt. Sie hat erkannt, dass die Lage in den Herkunftsländern für uns lebensbedrohlich ist und unterstützt uns in unseren Forderungen. Wir fordern die politischen Verantwortlichen in der Ausländerbehörde, der Hamburger Bürgerschaft und der Justiz auf, unsere Fluchtgründe nicht länger zu ignorieren und die bevorstehenden Sammelabschiebungen zu stoppen“, erklärt Isen Asanovski von „Romano Jekipe Ano Hamburg“. Romano Schmidt vom bundesweiten Romanetwork „alle bleiben!“ erläutert: „Die sogenannten sicheren Herkunftsländer sind nicht sicher für uns Roma. Es herrscht ein gefährlicher Mix aus Rassismus aus den Bevölkerungsmehrheiten und den staatlichen Institutionen. Der Zugang zu Arbeitsplätzen, Bildung und zur Gesundheitsversorgung ist weitestgehend versperrt. Es trifft also genau das zu, was im Asylverfahrensgesetz unter § 3 a und § 3 b als strukturelle Diskriminierung beschrieben ist.“ Isen Asanovski ergänzt: „Vor allem im Winter ist es für Menschen lebensbedrohlich, die entweder auf der Straße oder in sogenannten informellen Siedlungen in selbstgebaute Hütten leben müssen und denen gleichzeitig die medizinische Versorgung verwehrt wird.“ „Auch wegen der Geschichte von Verfolgung und Ermordung von Roma durch Nazideutschland, darf die BRD nicht so tun, als seien wir ein Problem, das sie loswerden muss“, fordert Isen Asanovski und fügt an: „Es darf keine Spaltung in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge nach Herkunftsstaat geben! Unsere Fluchtgründe müssen wirklich geprüft und nicht pauschal geleugnet werden!“

Romano Jekipe Ano Hamburg – Vereinigte Roma Hamburg: Unterstützt wird die Gruppe unter anderem vom bundesweiten Netzwerk „alle bleiben!“, dem Flüchtlingsrat Hamburg, dem Hamburger Bündnis „Recht auf Stadt – never mind the papers!“ sowie verschiedenen Einzelpersonen wie Esther Bejarano (Vorsitzende des Auschwitz-Komitee in der BRD e.V.), Cornelia Kerth (Bundesvorsitzende der VVN-BdA) und Norman Paech (Völkerrechtler)

Fernwärmenetz: Senat verzögert weiterhin Übernahme:

HAMBURG. Der rot-grüne Senat verzögert weiterhin ohne triftigen Grund die Überführung des Fernwärmenetzes von der Firma Vattenfall in die öffentliche Hand. Bereits die SPD-Alleinregierung hatte nach dem erfolgreichen Volksentscheid „Unser Hamburg – Unser Netz“ den Termin der Übernahme auf das Jahr 2019 gelegt. „Steuerliche Gründe“ wurden damals als Begründung für den späten Termin genannt. In der Antwort auf eine aktuelle schriftliche Anfrage der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft bestätigt der Senat nun, dass der Rückkauf des Fernwärmenetzes aus einem ganz anderen Grund erst so spät geschehen soll: weil die Stadt mit Vattenfall einen Deal zum Ersatz des Kohlheizkraftwerks in Wedel abgeschlossen hat. „Die Verquickung der Energiewende mit den unternehmerischen Interessen eines ‚Old-Fashion‘-Energiekonzerns rächt sich jetzt für die Stadt“, sagt Stephan Jersch, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke: „Denn eine nachhaltige Ersatzentscheidung für das Kraftwerk in Wedel ist nur mit den Daten zum Fernwärmenetz möglich. Die aber will Vattenfall erst kurz vor dem Verkaufstermin zur Verfügung stellen – der nach der bisherigen Planung erst 2019 wäre.“ Hamburg laufe nun Gefahr, das Kraftwerk Wedel mit einer für Vattenfall genehmen aber ökologisch schlechten Lösung zu ersetzen. „Vattenfall muss die Stadt jetzt in die Lage versetzen, eine zukunftsfähige Wärmeplanung zu erstellen“, sagt Jersch. Der Senat sei bei der Umsetzung des Volksentscheids jetzt in der Zwickmühle. „Der späte Kauftermin, immer wieder mit der Behauptung steuerlicher Gründe kaschiert, wäre nicht notwendig gewesen. Jetzt muss schnell gehandelt werden, um Hamburgs Wärmeplanung vernünftig zu gestalten.“ Entweder müsse der Kauftermin auf 2017 vorgezogen werden, was steuerlich machbar wäre, oder Vattenfall müsse seine Daten früher auf den Tisch legen. „Energiewende mit Vattenfall geht nicht“, sagt Jersch. „Das zeigt dieses neue Beispiel verfehlter Energiepolitik.“ Auf keinen Fall dürfe der Ersatz für Wedel ohne die notwendigen Daten beschlossen werden.

www.die-linke-hamburg.de

Große Sorgen wegen des geplanten Verkaufs von 13 000 LEG-Wohnungen:

DORTMUND. Die Fraktion Die Linke & Piraten kritisiert die geplante Übernahme von 13 000 LEG-Wohnungen in Dortmund durch den Frankfurter Branchenriesen „Deutsche Wohnen AG“. Sie befürchtet schlimme Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt in Dortmund und übt heftige Kritik

an Minister Groschek. „Wir bekommen jetzt die Auswirkungen der LEG-Privatisierung durch die Landesregierung zu spüren. Diese wird in einer wohnungspolitischen Katastrophe zu Lasten der Mieter enden“, sagt Utz Kowalewski, Vorsitzender und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke & Piraten. „Mieterhöhungen werden mittelfristig die Folge sein, und damit eine Verschärfung der Engpässe für Menschen mit niedrigem Einkommen, insbesondere für Familien.“ Besonders skandalös sei, dass die 2008 abgeschlossene Sozialcharta während ihrer zehnjährigen Gültigkeit für einen LEG-Verkauf die Unterschrift des NRW-Wohnungsministers Michael Groschek (SPD) verlange – und dieser dem Verkauf offenbar zugestimmt habe, ohne sich ausreichend um die Konsequenzen Gedanken zu machen. „Der pure Leichtsinn“, kommentiert Utz Kowalewski. Denn nicht nur die Mieten werden teurer, befürchten die Linken & Piraten.

www.dielinke-dortmund.de

Grundschulen aus benachteiligten Stadtteilen bekommen mehr Geld – Die Linke hatte Projekt im städtischen Haushalt durchgesetzt: KÖLN. Gestern wurden im Jugendhilfeausschuss zusätzliche Fördermittel für Offene Ganztagsgrundschulen in Stadtteilen mit erhöhtem Jugendhilfebedarf beschlossen. 49 Grundschulen kommen im laufenden Schuljahr in den Genuss von jeweils 2.140 Euro zusätzlicher Projektmittel. Dieses Geld ist für Förderprojekte und Kurse insbesondere zur Gewaltprävention gedacht. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen: „Hier wird die Linke Handschrift im Haushalt spürbar. Dieses Projekt konnten wir in Verhandlungen mit SPD und Grünen durchsetzen. Doch wir brauchen viele solcher Projekte. Köln muss sozialer werden. Die anhaltende Benachteiligung von armen Kindern ist ein Skandal.“ Dr. Carolin Butterwege vertritt Die Linke im Jugendhilfeausschuss und begrüßt den Beitrag zu mehr Chancengleichheit: „Benachteiligte Kinder haben weniger Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten und Talente zu entfalten. Diese Nachteile muss die Schule ausgleichen. Das geht nur mit zusätzlichen Personal- und Sachmitteln.“ Auch Flüchtlingskinder profitieren von den zusätzlichen Angeboten. Diese Grundschulen sind auch überdurchschnittlich mit der Integration von Flüchtlingskindern beschäftigt. Auch für diese anspruchsvolle Leistung brauchen sie zusätzliche Ressourcen. „Es ist toll, was diese Schulen leisten“, freut sich Jörg Detjen. „Zusätzliche Unterstützung haben sie durch ihre komplexen Aufgaben mehr als nötig.“

www.linksfraktion-koeln.de

Standorte von Flüchtlingsunterkünften gehen Nazis nichts an: FRANKFURT A.M. Die Fraktion Die Linke im Römer unterstützt die für den 24. September auf dem Römerberg geplante Protestaktion der Teachers on the Road. Die Aktion wendet sich gegen die Herausgabe von Informationen zu den Standorten von Flüchtlingsunterkünften. Der parteilose Stadtverordnete Jörg Krebs, bis vor kurzem Mitglied der NPD, jetzt der Neonazi-Partei „Der III. Weg“ nahestehend, hatte dies in einem Antrag gefordert. „Der III. Weg hetzt immer wieder gegen MigrantInnen und Asylsuchende und wird in Verbindung mit Brandanschlägen auf deren Unterkünfte gebracht. Niemand würde einem Brandstifter, der nach Feuer fragt, die Streichhölzer in die Hand drücken“, sagt Dominike Pauli. Deshalb erwartet die Fraktion Die Linke, dass die Stadt die Herausgabe dieser Adressen verweigert. „Die Flüchtlinge haben einen Anspruch auf Sicherheit“, fordert Pauli und fügt hinzu: „Die Herausgabe wäre auch ein Schlag ins Gesicht der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die im Moment die in Frankfurt ankommenden Flüchtlinge unterstützen.“ Die Protestaktion will auch die Verbindung weiterer Stadtverordneten zu rechten Gesinnungen deutlich machen. „Wie berechtigt das ist, zeigt sich bei den in der Vergangenheit wiederholt gestellten Anträgen mit islamophoben Tendenzen der so genannten Bürger für Frankfurt“, erklärt Pauli.

www.dielinke-im-roemer.de

Möglichkeiten der Zwangsbelegung bei Wohnungsnot: BREMEN. Im Fall von Wohnungsnot steht den Kommunen die Möglichkeit zu, Menschen ohne Wohnung auch dadurch unterzubringen, dass für leer stehenden Wohnraum oder andere Räumlichkeiten in privatem Besitz eine Zwangsbelegung angeordnet wird. Diese Möglichkeit wird selten genutzt, gewinnt aber angesichts der derzeitigen Überforderung des Wohnungsmarkts, auch durch die steigenden Flüchtlingszahlen, an Bedeutung. Angesichts der dramatischen Probleme, stellt sich die Frage, ob private Eigentümer von leerstehenden Gebäuden es beliebig ablehnen dürfen, diese Gebäude für die Bekämpfung des Wohnungs- und Unterbringungsnotstands anmieten zu lassen. Schließlich müsste auch in dem Fall, wo EinwohnerInnen z.B. durch Wetterereignisse oder Großbrände massenhaft ihre Wohnung verloren haben, der Staat unmittelbar handlungsfähig sein. Wenn über Beschlagnahme von Wohnraum und Gebäuden diskutiert wird, ist zuvor allerdings auch zu fragen, ob seitens der zuständigen Behörden andere Möglichkeiten der Anmietung wirklich ausgeschöpft werden.

Die Abwendung von unfreiwilliger Obdachlosigkeit durch die zwangsweise Heranziehung von geeigneten Räumlichkeiten in Privatbesitz gehört klassischerweise zu den polizeilichen Aufgaben. Die Möglichkeit, zwangsweise auf leerstehende Wohnungen und Gebäude zugreifen zu können, muss auch für Bremen geklärt werden. Daher fragt Die Linke den Senat unter anderem: Auf welcher Rechtsgrundlage und unter welchen Voraussetzungen ist in Bremen und Bremerhaven die Beschlagnahme (Sicherstellung) von Wohnraum (bzw. geeigneten Gebäuden, Flächen und nicht als Wohnraum ausgewiesenen Räumlichkeiten) durch die öffentliche Hand möglich? Wie sieht in einem solchen Fall das Verfahren aus? Hat sich die rechtliche Situation durch Änderungen im Polizeirecht in den letzten Jahren verändert? Weshalb hält die Kommune Bremen keinen freien Wohnraum vor, um Menschen in Wohnungsnot tatsächlich unmittelbar versorgen zu können?

www.dielinke-bremen.de

Kommunalwahlen: Keine neuen Hürden aufbauen! ESSEN. Die Ratsfraktion Die Linke lehnt die Einführung einer 2,5 %- Hürde bei den Kommunalwahlen als undemokratisch ab, auch wenn sie nicht davon betroffen ist. Neue Hürden sorgen nur dafür, dass noch weniger Menschen wählen gehen. Zudem ist es eine Legende, dass die Stadträte nicht mehr arbeitsfähig seien. Schließlich werden nicht nur in Essen weiterhin die notwendigen Beschlüsse in den Räten gefasst, auch wenn es aufwendiger geworden ist. „Das sollte Demokratie aushalten können, es gibt kein Recht auf einfache Ratssitzungen“, stellt die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke fest. „Schließlich muss sich eine pluralistische Gesellschaft auch in den Räten wiederfinden. Im Übrigen liegt es in Essen nicht an der sog. ‚Zersplitterung‘, wenn keine Beschlüsse gefasst werden, sondern an der großen Koalition aus SPD und CDU. Diese schiebt nicht zuletzt aus wahltaktischen Erwägungen ständig Beschlüsse vor sich her.“ Der Verband „Mehr Demokratie“ sowie andere Experten und Juristen sehen es als relativ gesichert, dass das Landesverfassungsgericht die von den Landtagsfraktionen von SPD, CDU und Grüne geplante Hürde wieder kippen wird. „SPD, CDU und Grüne im Landtag sollten deshalb diese Verschwendung von Zeit und Steuergeldern besser gleich lassen“, so Gabriele Giesecke abschließend.

www.linksfraktion-essen.de

(Zusammenstellung:ulj)

Kommunale Politik

13. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes

349 Absätze umfasst das Aktionsprogramm, das dem vom 29. September bis 2. Oktober in Paris stattfindenden EGB-Kongress zur Verabschiedung vorgelegt wird. Die Lektüre ist durchaus unerquicklich. Nicht allein wegen der Länge des Papierses, vor allem ermüdend die Struktur. Es findet sich keine Einleitung, keine beschreibende Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, keine Reflexion der gewerkschaftsinternen Entwicklungen oder der Handlungsebenen in den europäischen Strukturen; auch keine Einschätzung möglicher Entwicklungspfade der kommenden Jahre, von denen ja die konkreten Gegenstände abhängen, die in den politischen Agenden und den Rechtsetzungsvorhaben der EU auftauchen oder eben auch nicht auftauchen.

Das umfangreiche Aktionsprogramm wendet sich wesentlich nach innen. Für die Öffentlichkeit ist eher das ebenfalls zu verabschiedende „Pariser Manifest“ bestimmt: 44 Punkte umfasst dieses Dokument. Aber auch hier fällt die Beurteilung der Lage und der EU-Politiken, vorsichtig formuliert, holzschnittartig aus:

„2. Der EGB steht für ein besseres Europa, aufgebaut auf Solidarität und Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt, Frieden und Demokratie. Darum kämpft der EGB für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, faire Entlohnung, gute öffentliche Dienstleistungen, ... (es folgen weitere Standards – rog). Er fordert ein anders wirtschaftliches Modell für Europa und die Welt und eine Entwicklung, die Menschen und Umwelt respektiert.

3. Europa befindet sich als Folge der Banken- und Finanzkrise in einer lang anhaltenden Stagnation und in einem wirtschaftlichen und sozialen Umbruch. Überall in der EU leiden Menschen. ... Falsche Politiken haben Armut und soziale Ungleichheit durch Kürzungen bei Löhnen, sozialer Sicherheit und öffentlichen Ausgaben vergrößert. Die Folgen: hohe Arbeitslosigkeit, Deregulierung des Arbeitsmarktes und zunehmend prekäre Arbeit ...

4. Strukturreformen und die im EU-Fiskalpakt beschlossenen Wirtschaftspolitiken – die der EGB abgelehnt hat – ersticken Nachfrage und Wachstum, schaffen das Risiko einer Deflation, und untergraben die industrielle Basis, die entscheidend für eine langfristige Erholung ist. Einschnitte erhöhen die öffentliche Verschuldung verschlechtern öffentliche Dienstleistungen und vernichten Arbeitsplätze. Demokratie am Arbeitsplatz und industrielle Demokratie, sozialer Dialog und Tarifverhandlungen werden ig-

noriiert oder in vielen Ländern unterlaufen.

5. Diese Politik hat Divergenzen zwischen Bürgern und Ländern vergrößert. Wachsende Ungleichheit treibt die Menschen auseinander, entfremden sie von demokratischen Kernwerten, dem europäische Projekt und fördern

nen zu verfassen. Und die vielfältigen sprachlichen Ausdruckformen machen die Sache nicht leichter. Aber gerade dies spräche für ein sich Zurücknehmen, für die Präsentation eines auch erläuternden Textes, eine Sicht, die auch Widersprüchliches in den Entwicklungen präsentiert und, es spräche für eine Fokussierung auf die eigenen Handlungsfelder. Gerade auf der europäischen Ebene verschleißt man leicht die eigenen limitierten Ressourcen bei dem Versuch, in allen politischen Fragen mitmischen zu wollen.

Der letztgenannte Aspekt zeigt den eigentlichen Mangel in der gewerkschaftlichen Debatte. Der EGB fordert Demokratie am Arbeitsplatz. Der EGB fordert die Etablierung funktionierender Sozialer Dialoge. Der EGB fordert eine andere Wirtschaft für die EU und für die ganze Welt. Darunter wird es nicht gemacht. Adressat: die Politik. Es fehlt eine Funktionsbestimmung der Gewerkschaft in den heutigen funktional und sozial ausdifferenzierten Gesellschaften. Das Programm kommt wie das Programm einer Ersatzregierung daher, statt sich auf die Funktion der Gewerkschaften zu fokussieren: Organisation der arbeitenden Wirtschaftssubjekte mit Fokus auf die Arbeitsbeziehungen (Verteilung an der Quelle und Ausgestaltung des Arbeitsvertrages) sowie die Gestaltung der stofflichen Seite der Produktion (die materiellen Arbeitsbedingungen von Morgen) und der wirtschaftlichen Entwicklung (Produkt- und Prozessinnovation).

Die hier abgedruckte Übersicht über die Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaft (Union Density) und der Tarifbindung (Bargaining Coverage) in vielen europäischen Ländern zeigt die Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Organisation. Während in den skandinavischen und einigen weiteren Ländern die Organisationsgrade noch relativ stabil sind, gibt es in weiten Teilen der mittel- und osteuropäischen Länder keine tariffähigen Gewerkschaften, in klassischen Industriestaaten erodiert die Mitgliedschaft. Das Aktionsprogramm des EGB fordert von den Regierungen den sozialen Dialog zu etablieren. Das ist dann allerdings wirklich etwas anderes als Koalitionsfreiheit. Statt langer Listen von Forderungen an die Politik zu erstellen sollten sich die europäischen Gewerkschaften mit den Ausdifferenzierungen der Beschäftigtenkörper und der Lebenswelten, mit der Krise der Repräsentation oder der Krise der traditionellen gewerkschaftlichen Organisationsprinzipien befassen.

Rolf Gehring

Quelle: <https://www.etuc.org/european-trade-union-confederation-13th-congress-etuc15>. Schaubild: Trade Unions in Europe – Innovative Responses to Hard Times; Friedrich Ebert Stiftung, April 2014

	Union Density				Bargaining Coverage			
	1980	1990	2000	2010 ^a	1980	1990	2000	2010 ^a
FI	69	73	75	70	77	81	86	90
DK	79	75	74	69	72	69	80	85
SE	78	82	80	68	85	88	91	91
NO	58	59	54	55	70	70	72	74
BE	54	54	49	52	97	96	96	96
IT	48	39	35	36	85	83	80	85
IE	64	57	40	34	64	60	55	42
RO	100	80	40	33				70
AT	57	47	37	28	95	99	99	99
UK	51	39	30	27	70	54	36	31
SI		69	42	26	100	100	92	
EL		39	34	24		65	65	65
ES	19	13	17	20	76	82	83	73
BG	98	81	28	20				18
DE	35	31	25	19	78	72	64	61
NL	35	24	23	19	79	82	86	84
PT	55	28	22	19	70	99	92	90
CH	28	28	23	17	48	44	42	49
CZ			27	17			41	47
HU	94	83	22	17			47	34
SK			32	17			51	38
LV			26	15			21	22
PL	65	37	17	14			42	29
LT			17	10			12	14
FR	18	10	8	8	85	92	95	92
EE		94	15	8			29	25

a For some countries, 2008 or 2009. Source: ICTWSS database, based on national sources (Visser 2013)

die Unterstützung für gefährliche extremistische Ideologien.“

Jeder Absatz des Aktionsprogramms und des Manifestes kommt wie eine fundamentale Feststellung daher, wirkt wie ein unumstößliches Datum. Es ist wesentlich eine Aneinanderreihung von Behauptungen, Forderungen und Versprechen für die nächsten vier Jahre. Sicher ist es schwierig, tragbare Texte vor dem Hintergrund der vielschichtigen europäischen gewerkschaftlichen Strukturen und Traditio-

Arbeiten ist ein Menschenrecht

Die Diskussion über den Umgang mit den Flüchtlingen in Europa ist derzeit vielfältig wie schon lange nicht mehr. Die furchtbare Situation in Ländern wie Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea hat Fluchtwellen ausgelöst, die auch das über viele Jahre mit menschenverachtender Präzision aufgebaute Abwehrsystem der EU überrollt haben. Nachdem zunächst die Situation an den EU-Außengrenzen, in Südspanien/Nordafrika und im Mittelmeerraum durch den Ansturm der Flüchtlinge auf die Grenzbefestigungen in Ceuta und durch die ertrunkenen Flüchtlinge im Mittelmeer die Menschen aufwühlte und die Politik beschäftigte, sind nun die EU-Binnenregeln unter Druck. Schon wird über ein – ohnehin seit Jahren überfälliges – Hilfsprogramm der EU für die Balkanstaaten nachgedacht, um die Arbeitsmigration von dort einzudämmen und den Menschen dort wieder eine Lebensperspektive zu geben, während der menschenverachtende Umgang der ungarischen Mitte-Rechts-Regierung mit den Flüchtlingen wachsende Kritik und Forderungen nach Sanktionen gegen das Regime in Budapest hervorruft.

Die perfiden „Dublin-Regeln“, wonach Flüchtlinge, die in einem Land der EU angetroffen werden, in sogenannte „sichere Herkunftsländer“ an den Außengrenzen der EU zurückgeschickt werden – ein System, bei dem Flüchtlinge hierzulande eigentlich nur noch mit dem Flieger in irgendeinem Flughafen einreisen können – sind mit der Außer-Kraft-Setzung dieser Regel gegenüber syrischen Flüchtlingen durch die Kanzlerin unter extremen Druck gekommen. In Zeiten von Google, Facebook und Internet sprechen sich solche Nachrichten blitzschnell herum. Syrische Flüchtlinge, die in Lagern im Libanon, in Jordanien, in der Türkei hungern, weil das UN-Hilfswerk nicht genug Geld zu ihrer Ernährung hat, machen sich schneller auf den Weg, als so mancher hierzulande jemals für möglich halten würde.

Im Ergebnis muss sich Deutschland in diesem Jahr auf ca. 800 000 neue, meist junge Zuwanderer einstellen. In den nächsten Jahren dürfte diese Zuwanderung nur langsam abnehmen. Darüber sind sich alle einig.

Die Reaktionen darauf sind unterschiedlich. Während auf der einen Seite Wirtschaftsfachleute wegen der vielen neuen Arbeitskräfte in den nächsten Jahren ein zusätzliches Wirtschaftswachstum in zweistelliger Milliardenhöhe erwarten, sind auf der anderen Seite die Innen-, Sozial-, Schul- und

Gesundheitsbehörden, vor allem in den Kommunen, mit der Registrierung, Unterbringung und Erstversorgung der Flüchtlinge bis an den Rand ihrer Kapazitäten belastet. Dort gibt es Stress, wohin man schaut.

Das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) meldet bis August 2015 bisher 257 000 Entscheidungen über Asylanträge, davon 37,4% zustimmend. Die Anerkennung von Asylanträgen ist damit auf einen lange nicht mehr erreichten Höchststand gestiegen. Bei genauem Hinsehen ist das nicht überraschend. 53 Prozent der Flüchtlinge kamen in diesem Jahr aus Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea, Ländern, bei denen die Berechtigung von Asylanträgen nicht bestritten werden kann.

Diskussion um Arbeitsberechtigung

Auch die Diskussion um das Arbeitsrecht für Flüchtlinge ist aktuell weit gefächert. Die Bundesagentur für Arbeit hat 50 Millionen Euro Sondermittel für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bewilligt. Während das BAMF jetzt 3 000 neue Stellen bewilligt bekam, um Asylanträge schneller zu entscheiden, werden für die Jobcenter in Kürze mindestens 2 000 zusätzliche Stellen erwartet, um dort Flüchtlinge beraten und in Arbeit vermitteln zu können. Auch bei den Agenturen für Arbeit tut sich viel. Beispiel Berlin: Dort gibt es eine Arbeitsgruppe von 15 Fachkräften, die 13 Sprachen sprechen und auf der Ebene der Arbeitsagenturen helfen sollen, die in Berlin erwarteten ca. 15 000 erwerbsfähigen Flüchtlinge im nächsten Jahr in den Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Auch die Hürden beim Zugang auf den Arbeitsmarkt wurden gesenkt.

Quelle: SOPOINFO Nr. 31, September 2015, hrsg. vom IG Metall-Vorstand, zum Thema „Flüchtlinge und Arbeitsmarkt“; Presseinformation der Bundesregierung über die Ergebnisse des „Flüchtlingsgipfels“ von Bund und Ländern vom 24.9.15

DGB Positionspapier: Teilhabechancen eröffnen

Zugänge in Bildung, Ausbildung, Studium und Qualifizierung für junge Flüchtlinge schaffen

... **Zugang zu Bildung.** Seit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention 1992 haben alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland das Recht auf Bildung. Darüber hinaus gilt in Deutschland die allgemeine Vollzeitschul- und Berufsschulpflicht. Dementsprechend sind auch geflüchtete Kinder und Jugendliche, die sich in Deutschland aufhalten, schulbesuchspflichtig. Tatsächlich jedoch wird die Schulpflicht für anerkannte und gedul-

Mussten Flüchtlinge bisher 9 bis 12 Monate warten, bevor sie überhaupt einer Arbeit nachgehen durften, so ist diese Frist seit Ende 2014 auf 3 Monate verkürzt. Immer noch gilt aber die „Vorrang-Regelung“, wonach eine freie Stelle bei gleicher Eignung „vorrangig“ an deutsche oder EU-Arbeitskräfte vergeben werden soll. In der Praxis führte das dazu, dass Flüchtlinge, wenn sie einen Job angeboten bekamen, diesen bei der Agentur für Arbeit meldeten und dann erfuhren, dass ihr Arbeitsvermittler „ihre“ Stelle einem deutschen oder EU-Arbeitslosen anbieten werde. Kein Wunder, dass Flüchtlinge diesen absurden Sport bald einstellen und sich oft gar nicht mehr bei der Agentur meldeten.

Die BAMF hat diese Praxis inzwischen für sogenannte „Mangelberufe“ aufgehoben. Hier dürfen Flüchtlinge jetzt sofort die Arbeit aufnehmen, wenn sie einen Job finden. In anderen Bereichen – zum Beispiel im Handwerk, im Hotel- und Gaststättengewerbe, bei Grünflächenämtern, im Pflegebereich usw. – behindern diese „Vorrangeregeln“ aber immer noch die Integration der Flüchtlinge erheblich.

Wieso Menschen, die sich hier rechtmäßig aufhalten, zur Aufnahme einer geregelten Arbeit die Genehmigung irgendeines deutschen Beamten benötigen, ist ohnehin seit langem umstritten und eine der Absurditäten der deutschen Asylpraxis. Mit internationalen Konventionen wie der Genfer Flüchtlingskonvention und den ILO-Kernarbeitsnormen ist diese Praxis unvereinbar, aber bisher haben alle Bundesregierungen die Kritik daran ignoriert. Auch in den Gewerkschaften wächst nun die Kritik an dieser absurden Praxis. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall steht ein Antrag der Berliner Verwaltungsstelle der IG Metall zur Entscheidung, die „Vorrangeregeln“ und andere Arbeitsmarkthindernisse für Flüchtlinge ersatzlos aufzuheben.

Rüdiger Lötzer

dete Flüchtlinge sowie Asylsuchende in den einzelnen Bundesländern ganz unterschiedlich gehandhabt.

Eine weitere Schwelle beim Zugang zu Bildung stellen fehlende Sprachkenntnisse und das Fehlen schulischer Zeugnisse dar. Diese werden bei den bestehenden Regelungen und Verfahren zu Lernstandserhebungen und Einstufungstests von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen unzureichend berücksichtigt. Auch scheitern häufig Schulanmeldungen und eine zügige Beschulung an hohen bürokratischen Auflagen, die von den

Eltern nicht bewerkstelligt werden können. Andererseits können Schulen, die Flüchtlingskinder aufnehmen wollen, dies aufgrund fehlender personeller und räumlicher Kapazitäten nicht leisten oder sie befinden sich nicht in unmittelbarer Nähe zu den Flüchtlingsunterkünften. Noch schwieriger stellt sich die Situation für jugendliche Flüchtlinge über 16 Jahren dar. Sie unterliegen in Deutschland nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht und haben somit keinen Anspruch auf den Besuch einer allgemeinen Schule ...

Um die Teilhabechancen von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen zu verbessern, fordern wir

- die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und mit bundesweit einheitlicher Umsetzung,
- die Angebote für jugendliche Flüchtlinge zum Nachholen des Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule auszubauen. Gegebenenfalls ist das Recht auf Schulbesuch über die Volljährigkeit hinaus / bis zum 25. Lebensjahr zu verlängern,
- Lehrkräfte besser zu unterstützen, Lernstandserhebungen und Einstufungstests bei Flüchtlingskindern durchzuführen,
- alle Schulen, die Flüchtlingskinder unterrichten, mit zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten können, herkunftssprachlichen Mittler/innen, Schulsozialarbeiter/innen und sozialpädagogischer Betreuung auszustatten,
- Willkommensklassen / Lerngruppen in allen Schularten für Flüchtlingskinder einzurichten und diese ausreichend

auszustatten ...

- Die Bundesregierung fordern wir auf, die frei werdenden Mittel des Betreuungsgeldes in die Kindertagesstätten zu investieren...

Zugang zu Sprachkursen. ... Asylbewerber/innen und Geduldete hatten bisher keinen Anspruch auf die staatlichen Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Der Bundesrat hat zwar eine Öffnung für Asylbewerber/innen und Geduldete gefordert, konnte dies aber nicht gegenüber der Bundesregierung durchsetzen. Die Öffnung der BAMF-Sprachkurse wird (vermutlich) auf Geduldete und Asylbewerber/innen mit „jeweils guter Bleibeperspektive“ beschränkt bleiben. Der DGB fordert weiterhin eine Öffnung der staatlichen Sprachkurse für alle Asylbewerber/innen und Geduldete ...

Anerkennung bereits erworbener Qualifikationen und Kompetenzen.

Aus Befragungen zum Bleiberechtsprogramm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) ist bekannt, dass 87 Prozent der Teilnehmenden im Herkunftsland oder in Deutschland eine Schule besucht haben, aber nur 30 Prozent über Zeugnisse verfügen. Darüber hinaus haben viele eine Berufsausbildung absolviert, jede/r Achte sogar ein Studium begonnen. Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur geprüft wird, ob Flüchtlinge für eine berufliche Ausbildung in Frage kommen. Wir wollen deshalb, dass die Instrumente zur frühzeitigen Kompetenzfeststellung weiterentwickelt und möglichst frühzeitig eingesetzt werden. Dafür braucht es aber auch klare Regelungen für Feststellungsverfahren

ren vorhandener Qualifikationen und Kompetenzen

Zugang zu Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt. 55 Prozent der Geduldeten in Deutschland waren laut IAB-Kurzbericht 1/2015 jünger als 30 Jahre. 17 000 von ihnen leben seit mehr als sechs Jahren in Deutschland und haben das deutsche Schulsystem besucht. Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften fordern für junge Geduldete einen elternunabhängigen sicheren Aufenthalt (unabhängig vom Duldungssystem) zur Durchführung einer beruflichen Ausbildung und zur anschließenden Arbeitssuche.

Der Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums stehen derzeit jedoch immer noch aufenthaltsrechtliche Hürden entgegen. Die Dauer der von den Ausländerbehörden im eigenen Ermessen gewährten Duldungen an bestimmte Gruppen von Geduldeten beträgt maximal 12 Monate und kann verlängert werden. Die permanente Unsicherheit für Betriebe und Jugendliche bleibt erhalten.

Letztlich entscheiden Ausländerbehörden, ob die Aufnahme einer Ausbildung erlaubt oder verboten wird. Dies gilt auch für die Aufnahme eines Studiums. Aufenthaltsrechtliche Arbeitsverbote für Geduldete treffen auch ihre Kinder, wenn diese eine Ausbildung aufnehmen wollen. Einige Bundesländer nutzen intensiv die Möglichkeiten, Arbeitsverbote zu erteilen oder Beschäftigungserlaubnisse für Geduldete generell zu verweigern, um gerade diese Flüchtlinge aus bestimmten Ländern zur Ausreise zu bewegen...

Schließlich bestehen aufgrund unterschiedlicher Wissenstände über die

Wohnungs- und Immobilienunternehmen setzen auf langfristige Unterbringung der Zuwanderer. *FAZ, Die, 8.9.2015.* Der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) wies darauf hin, dass es um eine längerfristige Unterbringung der Zuwanderer gehe. „Es muss jetzt gebaut werden, denn rund die Hälfte der zu uns kommenden Flüchtlinge wird dauerhaft in Deutschland bleiben“ sagte Verbandspräsident A. Gedaschko. Der Bund solle die unmittelbare Zuständigkeit für die Wohnraumförderung bekommen, und die Vorgaben zur Energieeinsparung und für den Lärmschutz müssten vorübergehend wieder abgesenkt werden.

Arbeitgeberverbände ist stellen ausgeprägten Unternehmergeist bei Flüchtlingen fest. *FAZ, Die., 15.9.2015.* BDA, BDI DIHK und ZDH erklären: „Viele Flüchtlinge sind kaum oder gar nicht qualifiziert, etliche waren bisher sogar ohne Chance auf Schulbildung ... selbst gut bis exzellent qualifizierte Flüchtlinge haben in der Regel keine deutschen

Sprachkenntnisse.“ Vor allem gelte es, vorhandene Qualifikationen und Schulungsbedarf rasch zu ermitteln. Ermutigend sei, dass viele einen ausgeprägten Unternehmergeist mit brächten.

BDA lehnt Unterschreitung des Mindestlohns für Flüchtlinge ab. *FAZ, Mi., 16.9.2015.* Der deutsche Landkreistag hatte sich dafür eingesetzt, für Flüchtlinge eine befristete Ausnahme vom Mindestlohn zuzulassen – ähnlich einer schon bestehenden Gesetzesklausel, wonach Langzeitarbeitslose für bis zu sechs Monate zu Löhnen unter 8,50 € beschäftigt werden dürfen. ... Der Vorstoß des Landkreistags hatte auch in den Reihen der Arbeitgeber Kopfschütteln ausgelöst. Deren Bundesvereinigung BDA nannte eine Sonderklausel für Flüchtlinge „abwegig“.

Arbeitgeber fordern unbürokratischen Hochschulzugang für Flüchtlinge. *BDA-Presse-Informationen, 23.9.2015.* Der Arbeitskreis Hochschule/Wirtschaft der Bundesvereinigung der

Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) fordert, vorhandene Spielräume für einen Hochschulzugang von Flüchtlingen auch tatsächlich zu nutzen. Er appelliert an die Politik, Probleme aufgrund des Aufenthaltsstatus und die finanzielle Unterstützung rasch zu klären.

Holzindustrie sieht Aufschwung durch Flüchtlinge. *FAZ, Mi., 23.09.15* Die deutsche Holzindustrie erwartet infolge des aufsteigenden Flüchtlingsstroms nach Deutschland für längere Zeit gute Geschäfte. „Die Leute müssen untergebracht werden“, so der Präsident des Hauptverbandes der deutschen Holzindustrie, J. Schwörer. Jedes neu gebaute Haus brauche einen Dachstuhl, Innenausbau und Möbel ... Schwörer zeigte sich skeptisch, dass die geplante Lockerung der Bauvorschriften zu einer schnelleren Erstellung von Wohnraum führe.

Zusammenstellung: rst

**Wirtschafts-
presse**

Rechtslage sowie unterschiedlicher Wahrnehmung von Ermessensspielräumen in Ausländerbehörden, aber auch in den Arbeitsagenturen uneinheitliche Zugänge in Ausbildung, Studium und Qualifizierung.

Um einen Zugang in Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt für junge Flüchtlinge und Geduldete zukünftig gewährleisten zu können, fordern wir:

- Abschaffung des generellen Arbeitsverbots (§ 33 BeschVO) für Geduldete insbesondere bei Minderjährigen.
 - Schaffung eines rechtssicheren Aufenthalts unabhängig des Duldungssystems während und nach erfolgreichem Abschluss einer beruflichen Ausbildung. Schon mit Beginn einer Ausbildung sollen junge Menschen ein Bleiberecht für die gesamte Ausbildungszeit und nach erfolgreichem Abschluss für 18 Monate bundesweit zugesichert bekommen. In diesem Zusammenhang müssen auch Ausbildungswechsel möglich sein. Ausbildungsabbrüche dürfen nicht automatisch zur Abschiebung führen.
 - In gleicher Weise Schaffung eines rechtssicheren Aufenthalts unabhängig des Duldungssystems für Studierende während und nach erfolgreichen Abschluss eines Studiums.
 - Gleichberechtigter Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Fördermöglichkeiten und zusätzliche Steuermittel zur besseren Förderung insbesondere im SGB II-Bereich. Auch die Förderung von und die Teilnahme an ausbildungsbegleitenden Hilfen oder der Assistierten Ausbildung muss für Flüchtlinge möglich sein.
 - Gleichberechtigter Zugang auch zu bildungspolitischen Fördermöglichkeiten wie z.B. der Berufsausbildungsbeihilfe und dem BAföG ab dem dritten Monat. Der Zugang zu bestehenden Stipendienprogrammen der Länder ist auf alle Asylbewerber/innen und Geduldeten auszuweiten.
 - Verbesserung der ausländer- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen, die die Arbeitsmarktintegration faktisch erschweren, insbesondere:
 - Aufhebung der Wohnsitzauflage,
 - Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und
 - Einbeziehung dieses Personenkreises in das SGB II sowie
 - Aufbau von rechtskreisübergreifenden Förder- und Beratungsprogrammen Begleitung und Betreuung verbessern Traumatisierung aufgrund von Bürgerkriegs-, Folter- und Fluchterfahrungen und häufig auch schwierige individuelle Lebensumstände wie fehlender familiärer Zusammenhalt und unwürdige Wohnverhältnisse machen aus unserer Sicht eine kontinuierliche Beratung und Begleitung notwendig.
- <http://www.dgb.de/presse/++co++6350dfc8-61ce-11e5-9d62-52540023ef1a>

Köln: Oper jetzt im Staatenhaus: Neue Geschäfte mit Oppenheim-Esch-Fonds verhindert!

Aufgrund der Verzögerung bei der Sanierung des Opernhauses braucht die Oper für die nächsten zwei Jahre ein Ausweichquartier. Nach intensiver Prüfung blieben zwei Spielstätten im Rennen: das Staatenhaus in Deutz und die MMC-Fernsehstudios in Ossendorf. Die Operntendantin Birgit Meyer, der Generalmusikdirektor François-Xavier Roth und die Beschäftigten favorisierten das Staatenhaus. Doch zunächst sah es so aus, als hätten die von FDP und CDU massiv unterstützen MMC-Studios die besseren Karten. Vor allem niedrigere Kosten von 900 000 Euro ließen das Angebot attraktiv erscheinen. Doch umfangreiche Recherchen der Linken brachten den Pferdefuß ans Tageslicht. Ein korrupter Geist aus der Vergangenheit wäre beinahe wieder aufgestanden. Die Film- und Fernsehstudios in Köln Ossendorf (Coloneum) wurden durch den 1999 von Josef Esch gegründeten Immobilienfonds Köln-Ossendorf-Hürth gebaut und befinden sich noch immer im Eigentum dieses Fonds. Die Firma MMC betreibt die Hallen und zahlt ihre Miete an den Oppenheim-Esch-Fonds. Josef Esch ist zwar inzwischen als Geschäftsführer ausgeschieden, das Geschäftsmodell und die Kontinuität der Anteilseigner hat sich aber dadurch nicht im Mindesten verändert. Oppenheim-Esch? Ja, genau die, die den Kölnerinnen und Kölnern in der Vergangenheit Millionen an Steuergeldern aus der Tasche gezogen haben, weil sie die Messehallen zu völlig überkauften Preisen an die Stadt vermietet haben, bis die EU das Geschäft in der Form verbot. Eben jener Josef Esch stand zusammen mit der Führungsriege der inzwischen insolventen und verkauften Bank Sal. Oppenheim wegen Untreue bei Immobiliengeschäften vor Gericht. Das Verfahren ging vor einigen Tagen zu Ende, freigesprochen wurde keiner. Der Vertriebsdirektor der MMC, Nico Roden, leugnete zunächst die existierende Verbindung zu Oppenheim-Esch, später die Tatsache, dass der Fonds an guter Auslastung mitverdient. Doch der Geschäftsbericht von 2013, der im Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde, spricht eine andere Sprache: „Ein weiteres Risiko sieht die Gesellschaft aus der zusätzlich zum festen Mietzins zu entrichtenden variablen Verzinsung des Mietvertrages am Standort Köln-Ossendorf. Ein etwaiger zu entrichtender variabler Mietzins in Kombination mit hohen gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen kann dazu führen, dass die Gesellschaft trotz eines positiven Ergebnisses vor Steuern nur geringe Jahresergebnisse erzielen und geringe Liquiditätsreserven aufbauen kann.“ Dieser Fonds bekommt laut Geschäftsbericht der MMC über das Jahr 2013 im Jahre 2015 5,5 Millionen Euro

Miete im Jahr. Das Rest-Mietvolumen beträgt demnach 63 Millionen Euro. Der Vertrag könnte erstmals 2025 gekündigt werden. Im Geschäftsbericht 2011 ist bereits zu lesen: „Der im Geschäftsjahr 2009 geänderte wesentliche Mietvertrag über das Studiogelände Köln-Ossendorf enthält die Vereinbarung einer zusätzlichen Miete ab 2012, die auch vom wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft abhängig ist.“ Beim Verkauf der MMC an den jetzigen Besitzer DUBAG erklärte der neue Geschäftsführer und Anteilseigner des Immobilienfonds Köln-Ossendorf-Hürth, Yorck Otto, am 31.3.2013 in „Die Welt“: „Wir wollen ein neues nachhaltiges Unternehmen und Refinanzierungskonzept des Fonds, denn die uns versprochenen Mieten wurden nie erzielt.“ Das heißt, je mehr Umsatz und Gewinn MMC macht, desto mehr Geld fließt in die Kassen des Fonds. Das ist aber nicht alles. Die Oppenheim-Esch-Fonds waren und sind ein gigantisches Netzwerk. Weil der Ossendorf-Fonds faktisch von Anfang an zu wenig Mietzahlung abwarf und die Sparkasse um die Kreditrückzahlung der Fondsinhaber fürchtete, bat Sparkassen-Chef Schröder Oberbürgermeister Schramma um ein Kompensationsgeschäft. Der Bau der Messehallen solle an Esch gehen. Das Kompensationsgeschäft klappte, trotz öffentlicher Proteste. Dieser Gewinnausgleich in Form überteuerter Mietzahlungen platzte erst, nachdem die EU-Kommission eingriff. Die Stadt Köln reduzierte die Mietzahlungen. Wenn sich CDU, FDP und deren Oberbürgermeisterkandidatin Reker, die für die Vergabe des Interims an MMC plädierten, durchgesetzt hätten, dann würden die Kölnerinnen und Kölner erneut die Kassen der Oppenheim-Esch-Fonds füllen müssen. Das hätte auch die Position der Stadt bei den laufenden gerichtlichen Auseinandersetzungen um die Loslösung der KölnMesse vom Esch-Fonds geschwächt. Nachdem die Verwaltung beide Interimslösungen noch einmal genauer berechnet hatte, und die Kontrahenten während der Hauptausschusssitzung ihre Angebote nachbesserten, sind die Kosten beider Spielstätten nahezu identisch. Mit den Stimmen von Linken, SPD und Grünen wurde die Staatenhaus-Lösung beschlossen. Die Stadt hat aber mehr gewonnen als eine Nachbesserung des Staatenhaus-Angebotes: einen Standort von dem sich die Beschäftigten die besten Bedingungen für ihre Produktion erwarten. Schwerer aber wiegt, was die Stadt sich erspart hat: Eine erneute Geschäftsbeziehung mit einem Immobilienfonds, der seine Gier, Skrupellosigkeit und unseriöse Geschäftspraktiken schon ausführlich bewiesen hat.

Jörg Detjen, Gisela Stahlhofen

aus: platzjabeck, www.linksfraktion-koeln.de



Syrien: Kulturdenkmäler im Bürgerkrieg

In Syrien finden wir einige der bedeutendsten Stätten mit Kulturdenkmälern des Orients und der ganzen Welt. Durch den seit 2011 andauernden Bürgerkrieg drohen sie jetzt zerstört zu werden – durch Kampfhandlungen und bewusste Vernichtung.

Syrien als Weltkulturerbe der Menschheit

Schweizer Archäologen haben erst vor 20 Jahren in dem Dorf El Kown Steinwerkzeuge aus der frühesten Zeit der Menschheitsgeschichte entdeckt. Dieses damals fruchtbare Gebiet im Norden des Landes war schon vor 2,5 bis 1,5 Millionen Jahren Durchgangsland für die ersten Menschen, die von Afrika nach Asien und später nach Europa auswanderten. So fanden die Archäologen dort Schädel und Steinwerkzeuge vom homo erectus und dem Pekingmenschen, über 12 415 Faustkeile und 15 000 Tierknochen. Verschiedene paläolithische Gruppen haben hier aber auch dauernd Siedlungen unterhalten (z.B. aus der Oldowai-, Acheuleen- und Moustérien-Kultur) und bis zum Beginn der neolithischen Revolution um 10 000 vor unserer Zeitrechnung (v.Z.). Einmalig. In Syrien wurde die Landwirtschaft und Viehzucht „erfunden“, einige Jahrtausende, bevor sie auch in unseren Breiten angewandt wurde. Nun musste das hier aufgebaute archäologische Camp bei Beginn des Bürgerkrieges in Syrien 2011 geschlossen werden und dient seit 2013 – wie auch leerstehende Häuser, Baracken und Hallen bei uns in Deutschland – der Unterbringung von Flüchtlingsfamilien aus dem nahegelegenen Aleppo.

Die frühen Hochkulturen der Sumerer und Mesopotamier hatten ihre Niederlassungen ebenfalls in Syrien: bei Mari am Euphrat und Tel Mardikh/Ebla am Orontes. Die nach folgenden kleinasiatischen Stadtstaaten entlang dem Mittelmeer bauten Häfen, Paläste und Tempel in Ugarit und Tell Halaf, einer Siedlung die der deutsche Archäologe Oppermann seit 1899 bis in die fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ausgegraben und ins Pergamon-Museum in Berlin überführt hat. Dasselbe taten die Franzosen mit den Artefakten aus Mari und Ugarit (im Louvre). Zum Glück? Nun, in den beiden Weltkriegen sind nicht nur im Orient sondern auch in Europa große Teile dieser wertvollen Skulpturen zerstört worden. Was hellenistisch-römisch ist, steht in Form von großen weitflächigen Ruinen im Land – in Apamea, Palmyra

und Bosra – oder in Form von zahlreichen vielfältigen Kleinst-Tempeln, etwa in der Provinz Deraa im Süden (wo im übrigen die Aufstände gegen das Assad-Regime begannen). Um sie herum scharten sich dann die vom 1.-7. Jahrhundert die frühen christlichen Klöster und Kirchen, ebenfalls in Deraa, in den „Toten Städten“ im Norden (500 einzelne Stätten und Gebäude) nahe Idlib, im heute noch aramäisch sprechenden Maalula (Jesu Sprache) und in Sednaya. Der Welt erste christliche Hauskirche (erkennbar am vorhandenen Taufbecken) aus dem 3. Jahrhundert (Jhd.) nach unserer Zeitrechnung (n.Z.) liegt in Dura Europos im Osten an der Grenze zum damals mächtigen Achämidisch-Persischen und Sassanidischen Reich. Gleich daneben eine jüdische Synagoge, deren Wandbilder (heute im Museum in Damaskus) die Verbundenheit von orientalischer und westlicher Malkunst mit frontalem Blick aus großen Augen der frühen Christen deutlich erkennen lässt. Schließlich ist das Land voller Baudenkmäler aus der im 7. Jahrhundert beginnenden islamischen Zeit: Moscheen, Medresen (Schulen), Suks, (Marktstraßen), Kahne (Hotels für die Unterbringung von Mensch und Kamel), Zitadellen, Wüstenschlösser,

Paläste und Burgen – im ganzen Land verteilt. Die prächtigsten und ältesten Moscheen finden sich in Damaskus – von wo aus die erste Dynastie der Ummayyaden herrschte und in Aleppo, von wo aus Nur ed-Din das Land nach den Kreuzzügen wieder „groß machte“. Eine Besonderheit in Syrien sind die vom 11.-13. Jahrhundert von den „fränkischen“ Kreuzfahrern erbauten mächtigen Burgen entlang dem Küstenweg mit Marquab, Krak de Chevalier und Qalaat Sayjun (erinnert an den Befreier Saladin), um sich in einem eroberten feindlich gesinnten Land halten zu können. Auf der Insel Ruad nahe Tartus am Mittelmeer befindet sich die letzte Bastion der fremden Eroberer, bevor sie das Land verließen.

Bürgerkrieg in Syrien

Seit 2011 herrscht Bürgerkrieg zwischen den Regierungstruppen von Assad und den Rebellenallianzen der Al-Nusra-Front, der Dschaisch al Fatah und den Dschihadisten des Islamischen Staates (IS). Neben den menschlichen Tragödien, die sich in diesem kriegsgeschüttelten Land abspielen, und Millionen von Flüchtlingen bis vor unsere Haustüren bringen, haben auch die Zerstörungen dieser berühmten von der UNESCO als Welt-Kulturerbe anerkannten Stätten (6 anerkannt, 10 weitere geplant) in den letzten Monaten für allgemeine Empörung gesorgt. Selbst eine „uneinnehmbare“ Burg wie die von Krak de Chevalier kann der modernen Waffentechnik nicht stand halten. Mit den Wohnungen der Menschen brechen auch die Kulturdenkmäler wie Kartenhäuser zusammen. Seit Anfang dieses Jahres nehmen die IS-Truppen bedeutende Städte wie Idlib (Luftwaffenstützpunkt), Bosra an der jordanischen Grenze und Aleppo ein. Hier sind Zitadelle und Moschee weitestgehend zerstört – ihr berühmter Turm nach dem Modell auf dem venezianischen Markusplatz nachgebaut –



steht nicht mehr.

Palmyra absichtlich zerstört

Noch empörender ist es für die syrischen und die Menschen aus aller Welt, dass es sich bei den Zerstörungen jetzt nicht „einfach nur“ um die militärischen Folgen des Krieges, sondern um eine systematische Vernichtungskampagne handelt. Die Krieger des Islamischen Staates (IS) haben inzwischen bis auf Damaskus so gut wie alle wichtigen syrischen Städte in der Hand – seit Mitte dieses Jahres stehen ihnen dort eine Fülle von bedeutenden Kulturdenkmälern, Museen, Statuen, Artefakte zur Verfügung. Wie damit umgegangen wird, lässt sich seit Beginn des Jahres 2015 am besten an Palmyra erkennen. Sie verkörpert eine der schönsten Ruinen-Metropolen an der orientalischen Seidenstraße, einst wohlhabende Oasenstadt zwischen Rom und dem persisch regierten Zweistromland.

Nach langen Kämpfen wurde die Stadt am 20. Mai von den Dschihadisten besetzt. Sie sprengten verständlicherweise sofort das ihnen und ganz sicher auch der Bevölkerung lang verhasste Tadmor-Gefängnis in die Luft, in dem Präsident Assad und seine Vorgänger die Regimegegner eingesperrt und gefoltert haben. Aber ab Juni 2015 folgten dann Angriffe auf zwei Mausoleen von Ali Ibn-Taleb (ein Cousin und Schwiegersohn des Profeten Mohammed) und im Laufe des August auf den kleineren Baalshamin-Tempel und danach auf den großen Baalstempel. Beide wurden vor 2000 Jahren in spät-hellenistischer Zeit zu Ehren des altbabylonischen Sonne-Mond-Gottes Baal errichtet. Schließlich folgten drei von den mehreren Dutzend am Rande der Wüste in spät-römischer, bzw. frühchristlicher Zeit gebauten Gräbtürmen mit Familiengräbern. Zugleich enthaupteten sie einen Monat zuvor den gefangen genommenen 81-jährigen syrischen Chefarchäologen der gesamten palmyrenischen Ausgrabungsstätte Khaled al Asaad – der vermutlich vor dem Einmarsch der IS Kunstgegenstände in Sicherheit gebracht und versteckt hat – hängten ihn im Ruinengelände auf und zerstückelten ihn.

In der Tradition der Khalifen

Was bewegt nun diese von aller Welt als barbarisch gebrandmarkten Taten der IS-Terroristen zu solchem Tun? Nadeen Khan – islamischer Wissenschaftlicher und Mitarbeiter der Universität Münster – versucht in mehreren jetzt veröffentlichten Beiträgen in der Zeitschrift „Religion und Politik“ dem auf die Spur zu kommen. Am 4.

Juli 2014 hatte der IS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi die Kanzel der Großen Moschee in Mosul bestiegen und sich selbst zum Khalifen des wiedererstandenen „Islamischen Staates“ (IS) ausgerufen. Solch ein Titel und Staat wurden über eineinhalb Jahrtausende für den religiösen und politischen Herrscher der islamischen Welt benutzt, zuletzt unter der Herrschaft des Osmanischen Reiches. Mit Gründung der türkischen Nationalversammlung schaffte ihr letzter Vertreter Mustafa Kemal Atatürk 1924 diesen Titel und den damit verbundenen Anspruch offiziell ab. Was viele islamische Bewegungen nicht hinderte, immer wieder eine Wiedereinführung dieses Titels und eines solchen Staates zu verkünden. Nach dem plötzlichen Tod Mohammeds im Jahre 622 wurde als erster unmittelbarer Nachfolger Abu Bakr – Schwiegervater und Gefolgsmann des Propheten, nach ihm nennt sich der

ner eigenen Währung ebenfalls nur so von altislamischen Symbolen strotzt. Für einen historisch orientierten und wissenschaftlichen Forscher sind alle diese Berufungen natürlich sehr beliebig, das sagt auch Nadeen Khan. Der IS – wie viele sonstige selbsternannte Herrscher vor ihm mit Ambitionen zur Aufrichtung eines neuen Reiches – greift einfach in die Sammelkiste des Islam, um sich vor seinen Mitkämpfern zu legitimieren. So wie es alle Fundamentalisten ob islamisch, jüdisch christlich oder unreligiös tun.

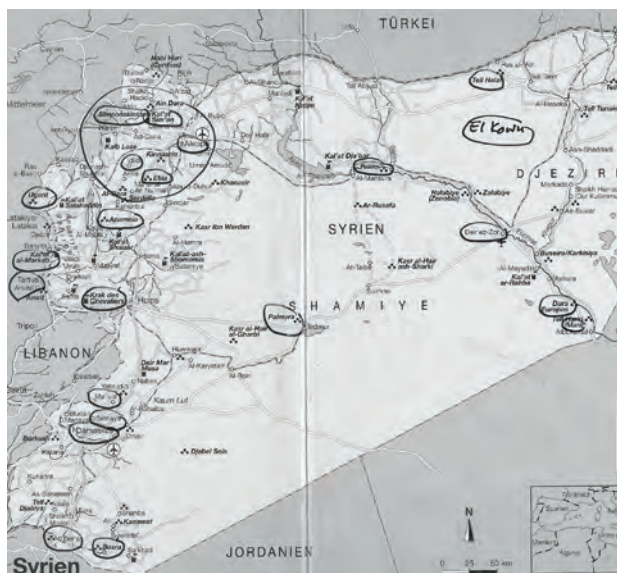
Heiden – Monotheisten – Ketzer

Der Islam der Frühzeit hatte es mit heidnischen und monotheistischen Ungläubigen zu tun. Letztere wurden weitestgehend toleriert (Juden und Christen), nicht zum Übertritt in den Islam gezwungen sondern – wenn sie sich nicht militärisch widersetzen – lediglich zu einer Sonder-Steuerzahlung im neuen Staat herangezogen.

Heidnische Religionen und Götzendienste waren ihnen hingegen ein Gräuel und ihre Vertreter wurden rigoros bekämpft. Dazu gehört eben auch die Zerstörung heidnischer Kulturschätze, die errichtet wurden, um fremden Göttern zu dienen – sei es der aramäische Baal, der griechische Jupiter oder die arabische weibliche Gottheit Allat (deren weiblicher Name übrigens kurioserweise für den Begriff des im Islam allerhöchsten Allah übernommen wird). Solche „abergläubischen Aktionen“ hat z.B. auch der Archäologe Oppenheimer in Tell Halaf von fanatischen Muslimen erfahren. Dabei

haben sie es vor allem auf Menschen- und Tierdarstellungen abgesehen, die nach den Grundsätzen des Islam nicht ketzerisch sind, weil man damit in die Schöpfertätigkeit Gottes eingreift.

Wenn nun auch noch alte heidnische Gepflogenheiten bei den islamischen Gläubigen selber auftauchten, wurden sie besonders hart geahndet: so der weit verbreitete Volks-Glaube an Dschinnen (Geister) oder die Verehrung der Gräber von „heiligen“ Marabuts, zu denen die Menschen genau so gerne pilgern wie unsere katholischen „Brüder und Schwestern“. Deshalb machen die Milizkämpfer vor allem nicht Halt vor der Zerstörung „eigener“ islamischer Bildnisse. Das erklärt auch, warum z.B. in Palmyra das Grab des Ibn Taleb, der als Verräter unter den Nachfolgern gilt, ebenfalls, ja sogar zuerst geschändet wurde und der Museumsdirektor Khaled al-Asaad aus dem heutigen Palmyra besonders grausam hingerichtet wurde.



der heutige IS-Khalif – zum Khalifen erklärt und mit Vollmacht für die religiösen und politischen Belange des Islam ausgestattet. Ihm folgten drei weitere, meistens heute noch anerkannte sogenannte „vier gerechte“ (richtige, wahre) Khalifen. Danach spalteten sich die theologischen und politischen Richtungen in viele verschiedene Gruppierungen und Herrscherpersönlichkeiten auf, uns am bekanntesten sind die Sunniten und Schiiten. Der IS-Führer beruft sich also auf diesen sunnitischen Ursprung. Der Zusatz al-Baghdadi, an seinen Namen angefügt, soll ebenfalls zur Legitimation dienen. Das im 8. Jahrhundert mächtig und groß gewordene Reich der Abbasiden, die von Bagdad aus über das Weltreich von Spanien, Afrika, Arabien bis Persien herrschten, möchte die IS wieder zurück erobern. Weshalb Abu Bakr al Baghdadi sich auch wie seine abbasidischen Vorgänger bewusst in schwarz kleidet. Und weshalb die jetzt herausgegebene Einführung ei-

Wir würden ja noch einigermaßen verstehen, wenn der IS gegen die fremden Räuber aus der Kreuzzugsepoche vorgehen würde oder auch gegen die heutigen fremden, westlich orientierten und Arabien bedrohende Juden und Christen einen gewissen Hass aufbrächte. Aber Attentate und Terrorangriffe sind nun mal in erster Linie gegen die heidnischen und gegen Verächter aus den eigenen Reihen gerichtet. Als Abu Bakr Baghdadi 2014 in Mosul bewusst als Redner auf die Kanzel der dortigen Freitags-Moschee stieg, belebte er damit wieder eine alte Tradition: dass der Khalif als Herrscher ursprünglich auch über die religiösen wahren Inhalte des Islam zu entscheiden hatte. Genau das will der IS wieder einführen. Die Erkenntnis, dass es im Laufe der Jahrhunderte – wie überall in der Welt bei großen Reichen und Staaten – auch im Islam zu Streit und Spaltungen unter den Muslimen gekommen ist – allem voran die zwischen den Sunniten und Schiiten – führt wohl bei anderen ideologischen Richtungen nicht aber bei der IS zu einer „demokratischen“ Diskussionsstrategie, sondern zur gewalttätigen und terroristischen Intoleranz. In Abu Musab az-Zakari (enger Weggefährte von Osama bin Laden und Abu Bakr al Baghdadi) wurde diese ideologische Richtung seit längerem vorgegeben und dazu ein sogenannter „al-Qaidas Zwanzigjahresplan“ kreiert. Es ist also kaum zu hoffen, dass die Zerstörungen im von der IS eroberten Syrien eingestellt werden.

Was kann die empörte Welt tun?

Da die Militärtaktik der IS inzwischen vom kompakten Einmarsch mit Waffen und Geräten auf eine Methode des Einschleichens Mann bei Mann in die zu erobernden Orte übergegangen ist, kann wohl kaum das Bombardieren durch Assads Luftwaffe oder einer solchen jetzt von Frankreich zugesagten „Hilfe“ etwas erreichen. Dem folgen nur weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung, der Vernichtung ihres Wohnraums und Zerstörung von wertvollen Kulturdenkmälern. Wissenschaftliche Fachleute glauben nicht an eine schnelle Verbesserung der Lage. Sie machen sich zurzeit daran, wenigstens die Dokumentation und Digitalisierung dieser Kulturschätze, Denkmäler und Artefakte voranzutreiben. Eine solche gibt es leider noch nicht umfassend in Syrien. Damit – hier stützen sie sich auf die Erfahrungen aus dem Irakkrieg – wird immerhin erreicht, dass man das, was kaputt geht, vielleicht später wieder zusammenflicken und aufbauen kann.

Edda Lechner

Anthologie „Problemfall Priesterkaste“

WEIMAR. (fgw) Anfang September hat die Edition Spinoza im Verlag Freiheitsbaum die zweite Auflage von Siegfried R. Krebs' Anthologie: „Problemfall Priesterkaste – Religions- und kirchenkritische Rezensionen“ vorgelegt.

Siegfried R. Krebs, der diplomierter Kultur- und Theaterwissenschaftler ist, arbeitet als freier Journalist in Weimar. Von Hause aus Atheist, ist er seit 2008 in freigeistigen Organisationen engagiert tätig und seit Ende 2010 betreibt er das Internet-Portal www.freigeist-weimar.de. Hier sind die meisten seiner Rezensionen erschienen. Diese wurden und werden aber auch vielfach von anderen Webseiten übernommen. Die Zahl seiner bereits veröffentlichten Rezensionen ist beachtlich. Er hat für edition Spinoza deshalb eine Auswahl derjenigen Online-Rezensionen zusammengestellt, die kirchen- und religionskritische Bücher, aber auch Humanismus- und Evolutionsbezogene kritisch besprechen. Diese Auswahl aus den Jahren 2011 bis 2015 stellt eine „Blütenlese“ im besten Sinn des Begriffs „Anthologie“ dar.

Aufklärung bedarf umfassender Informationen. Die Rezension (lat. *re-censio* „Musterung“, *recensere* „wiederholt mustern, prüfen“) ist eine eigene sekundärliterarische Gattung des klassischen Journalismus, meist im Rahmen eines Feuilletons. Sie erfüllt den Zweck, in literarisch anspruchsvoller Art künstlerische Produktionen – und im hier engeren Sinn Literatur – vorzustellen, sie zu erläutern, zu analysieren und zu werten. In Abgrenzung zu Verlagswerbung, „Klappentexten“, aber auch zum literarischen Essay oder einer zu einer Monografie, soll die Rezension zwar knapp gehalten, aber dem Leser dennoch fachkundig und aussagekräftig Informationen bieten. Die Auseinandersetzung des Rezensenten mit Werk und Autor steht dabei an erster Stelle, sie darf aber nicht minder auch zum bewussten Kauf anregen.

Die Auswahl der Rezensionen von Siegfried R. Krebs zeigt sehr anschaulich, wie vielfältig die Aspekte von Religions- und Kirchenkritik, aber auch von Aufklärung sein können. Der Gegenstand der von ihm besprochenen Literatur hat viele Facetten: Popularphilosophie, Theologiekritik, Geschichts-

wissenschaft und Naturwissenschaft ebenso wie realistische historische und Kriminalromane sowie Werke der Satire. Letztere brachte in der Geschichte der Literatur schon immer ihre populärsten Befreiungsschläge in antiklerikaler Form hervor. Was wiederum in gewisser Weise auch einen Bezug zum provozierenden Buchtitel herstellt.

Vorgestellt werden in dieser Anthologie insbesondere Publikationen der Verlage Alibri Aschaffenburg, Bookspot München, Freiheitsbaum Reutlingen/Heidenheim, Schmetterling Stuttgart und Tectum Marburg. Mit einzelnen Titeln sind aber auch eine Reihe anderer Verlage vertreten.

Der Rezensent will in seinen Texten keinesfalls gut-gläubige Menschen angreifen. Er will sich auch nicht auf theologische Spitzfindigkeiten einlassen, also frucht- und sinnlose Debatten führen. Nein, ihm geht es um die Auseinandersetzung mit Schöpfern von Religionen, deren Trägern und vor allem den materiellen Nutznießern von organisierter Religion, den Priestern, Predigern, Gurus etc., also den Priesterkasten in Vergangenheit und vor allem Gegenwart.

Siegfried R. Krebs schreibt seine Rezensionen bewusst nicht für ein abgehobenes „Elfenbein-Bildungsbürger-tum“, er will stattdessen möglichst viele Menschen ansprechen. Auch Menschen, die sich aus finanziellen Gründen nicht immer die besprochenen Bücher kaufen können. Er schreibt populär, oft zuspitzend und die Dinge auf den Punkt bringend, aber stets wissenschaftlich und sachlich fundiert, zum Nach- und Weiterdenken anregend. Und im Gegensatz zu vielen anderen Rezensenten stellt er sich nicht selbst in den Mittelpunkt der Besprechung, sondern lässt die vorgestellten Werke für sich selbst sprechen. Den geneigten Leserinnen und Lesern sei daher dieses Kompendium als Kompass zur Orientierung im Dschungel der vielfältigen modernen Aufklärungsliteratur wärmstens anempfohlen.

Heiner Jestrabek



Siegfried R. Krebs: Problemfall Priesterkaste – Religions- und kirchenkritische Rezensionen 2011-2015. 224 S. kart. edition Spinoza im Verlag freiheitsbaum. Reutlingen und Heidenheim 2015. 15,00 Euro. ISBN 978-3-922589-59-4 (Direktbestellung möglich via ed.spinoza@t-online.de)

Inhalt

Aktuell

Asylrechtsverschärfung • Panzerhaubitze nach Litauen

Nach der Wahl in Griechenland

Erdogan und seine AKP treiben die Türkei vor den Neuwahlen tiefer in den Bürgerkrieg

Auslandsnachrichten

Polen: Nein zu Entlassungen am Hafen • Ukraine: BHI-Unterstützungsaktion • Kirgisistan: Angriff auf die Bergbau-Metall-Gewerkschaft • Nepal: Gründungskonferenz für 4 000 Angestellte • Thailand: Anklageerhebung gegen Arbeitsrechtsaktivisten • Brasilien: Streik gegen Massenentlassungen • Uruguay hat TISA-Verhandlungen verlassen • Großbritannien: Die Regierung Cameron greift fundamentale Gewerkschaftsrechte an

Aktionen ... Initiativen

Die Bekämpfung der Fluchtursachen muss im Zentrum stehen • Tausenden jungen Flüchtlingen soll Schulbesuch und Ausbildung verboten werden • Anzeige gegen Volkswagen wegen Kollaboration mit der brasilianischen Militärdiktatur • Unabhängige Patientenberatung: Paritätischer kritisiert Vergabeentscheidung • TTIP, CETA, TISA & Co stoppen! Für einen gerechten Welt- handel! • 3. Jahrestag des Fabrikbrands in Pakistan: KiK muss versprochenen Schadensersatz an Opfer zahlen • Mehr Demokratie sieht keine tragfähigen Argumente für Wahlhürde • Stärkung der Schwerbehinderten-vertretung

Die Münchner „Berufsschule zur Berufsvorbereitung“ leistet Erstaunliches

Mannheim: Türkische Rechte provozieren

NRW: Katastrophale Wahlbeteiligung – stark lokal bestimmte Ergebnisse

Romano Jekipe Ano Hamburg erhält Schutzraum vor Abschiebung und fordert weiterhin ein Bleiberecht

Kommunale Politik

Fernwärmenetz: Senat verzögert weiterhin Übernahme: Hamburg. • Große Sorgen wegen des geplanten Verkaufs von 13 000 LEG-Wohnungen: Dortmund. • Grundschulen aus benachteiligten Stadtteilen bekommen mehr Geld – Die Linke hatte Projekt im städtischen Haushalt durchgesetzt: Köln. • Standorte von Flüchtlingsunterkünften gehen Nazis nichts an: Frankfurt a.M. • Möglichkeiten der Zwangsbelegung bei Wohnungsnot: Bremen. • Kommunalwahlen: Keine neuen Hürden aufbauen!

Essen. 13. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Arbeiten ist ein Menschenrecht

DGB Positionspapier: Teilhabechancen eröffnen

Wirtschaftspresse

Köln: Oper jetzt im Staatenhaus: Neue Geschäfte mit Oppenheim-Esch-Fonds verhindert!

Syrien: Kulturdenkmäler im Bürgerkrieg

Anthologie „Problemfall Priesterkaste“

Neu erschienen bei Kurt Eisner Verein: Internationaler Gipfel der Alternativen in Garmisch

In der Einleitung heißt es:

„Anstrengende und kämpferische Monate liegen hinter uns. Viele Monate hat der Trägerkreis Alternativgipfel an einem Internationalen Kongress gearbeitet, um ein inhaltliches Gegengewicht zum elitären, undemokratischen und intransparenten G7-Gipfel zu schaffen, der im Juni 2015 in Elmau, Oberbayern stattfand. Gemeinsam ist es uns gelungen, über zwei Tage hinweg ein abwechslungsreiches und spannendes politisches Bildungsprogramm zu organisieren. Ungewöhnlich, jedoch sehr bereichernd war die spektralen-übergreifende Zusammenarbeit: Insgesamt 38 Organisationen aus großen und kleinen NGOs, Gewerkschaftsjungen, Stiftungen und Partei-Fraktionen erarbeiteten ein vielfältiges Programm mit Podiumsdiskussionen, Referaten, Workshops und einem Theaterstück. Wir alle kommen aus unterschiedlichen politischen und karitativen Zusammenhängen, haben oftmals unterschiedliche Analysen und Schwerpunkte, uns einte jedoch die Kritik an der fatalen Politik der G7, die weltweit für Krieg, Hunger, Armut, Diskriminierung und Prekarisierung steht. Es galt die leeren Versprechungen der vergangenen G8-Gipfel aufzudecken und wirkliche Alternativen für eine friedliche, solidarische und ökologische Welt sichtbar zu machen. Uns begleitete der Gedanke: „Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist nötig!“

In der ausführlichen Dokumentation sind folgende Beiträge enthalten:

Corina Schuster, Julia Killet, Rosa-Luxemburg-Stiftung-Bayern, Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung e.V.: Bericht Alternativgipfel • Julia Killet, Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern und Gisela Voltz, Mission Eine Welt, Eröffnungsrede • Heidi Meinzolt, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Wirtschaft ist die Fratze des Krieges • Andrej Bagoutdinov, Dolmetscher von Vasily Koltashov, Bürgerkrieg in der Ukraine: Alternativen • Wahida Samad, Aktivistin aus Afghanistan, Asylum Seekers (mit Übersetzung: Asylsuchende) • Ufuk Berdan, Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland (ATIF), Fluchtursachen und die tödliche Flüchtlingspolitik der Herr-

schen • Sabrina Schmitt, Ärzte der Welt e.V., Dimensionen der globalen Gesundheitskrise – Perspektiven aus Deutschland und Griechenland • Prof. Jayati Gosh, Jawaharlal Nehru University in Neu Delhi, The failed project of Europe (mit Übersetzung: Das gescheiterte Projekt Europa) • Jürgen Kaiser, *erlassjahr.de*, Die globale Schuldenkrise: Wer gewinnt – wer verliert? • Philipp Salzmann, FIAN Österreich G7-Gipfel: Stärkung der Konzernmacht und Verschärfung des Hungers • Carsta Neuenroth, *Brot für die Welt*, Stärkung von Frauen im Kontext von Ernährungssicherheit und Landwirtschaft • Prof. Christa Randzio-Plath, Stellvertretende Vorsitzende VENRO, Vorsitzende Marie-Schlei-Verein, Für eine geschlechter-

Thema: Internationaler Gipfel der Alternativen – München / Garmisch, Juni 2015.

STUDIENREIHE

Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik Nr. 30/2015



Internationaler Gipfel der Alternativen
München / Garmisch, im Juni 2015 – Dokumentation

gerechte Welt • Sixbert Mwanga, Climate Action Network Tanzania, The challenges of policy in promoting safe and sustainable energy to majority in Tanzania (mit Übersetzung: Herausforderungen beim Bemühen um die Versorgung der Bevölkerungsmehrheit in Tansania mit sicherer und nachhaltiger Energie • Sabine Minninger, *Brot für die Welt*, G7 und Klima: Raus aus der Kohle, Kohle auf den Tisch, Verteilung der Risiken • Conrad Schuhler, *isw – Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung*, Ergebnisse von Elmau: G7 will Dominierungsstrategie verschärfen • Walter Listl, *isw – Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung*, Einige Erfahrungen, erste Bilanz der Gegenaktionen • Jörg Stauder, LiMa (Linke Medienakademie), Wir können es schaffen • Von Luise Aetdner stammen die Fotos.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 29. Oktober 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 23. Oktober.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

26. Nov., 23. Dez.